

Ein Beitrag zur Revision des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich.

Von Strafanstaltsdirektor Sichert in Ludwigsburg.

Die Ansicht, daß unser bermalen in Deutschland geltendes Strafgesetzbuch seine Aufgabe nicht erfülle, sondern in hohem Grade einer Durchsicht und Verbesserung bedürfe, wird heutzutage nur in wenigen kleineren Kreisen einem ernstlichen Widerspruche begegnen.

Der schwerste Vorwurf, welcher gegen unser Strafrecht erhoben wird, geht dahin, daß es sich im Kampfe gegen das Verbrechen mehr und mehr als unwirksam erwiesen hat.

Auf die Frage, in welcher Weise diese Erscheinung zu Tage trete, finden wir eine sehr zutreffende Antwort in einem von Dr. van Calker in der Juristischen Gesellschaft zu Berlin am 10. Dezember 1898 gehaltenen Vortrage, dessen bezügliche Sätze also lauten:

„Der Richter wird durch das geltende Recht und das in demselben maßgebende Prinzip gezwungen, in einer Anzahl von Fällen eine kurzzeitige Freiheitsstrafe auszusprechen, welche in ihrer heutigen Anwendungsweise nach allgemeiner Anschauung weder bessert noch abschreckt noch unschädlich macht“

„Wenn ein Thäter immer und immer delinquent, die einzelnen Handlungen aber in ihrem äußern Erfolg verhältnismäßig geringfügig erscheinen, so kann er stets nur zu einer verhältnismäßig kurzen Freiheitsstrafe verurteilt werden; hat er seine paar Monate oder seine paar Jahre abgehüßt, so muß er wieder in die Freiheit entlassen werden, auch wenn Richter und Strafvollzugs-

beamte die feste Überzeugung haben, daß der Entlassene sofort wieder zum Verbrechen schreiten wird.“

„Wenn sich herausstellt, daß sich der Thäter zur Zeit der That in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand, so muß er, weil zur Zeit der That zurechnungsunfähig, in die Freiheit entlassen werden, ohne Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeit, daß er die wiedergewonnene Freiheit zur Begehung weiterer Verbrechen benutzen wird.“

Daß diese zweifellos sehr empfindlichen und in hohem Grade gefährlichen Mißstände in ursächlichem Zusammenhang mit dem das geltende Recht beherrschenden Vergeltungsprinzip stehen, ist meine feste auf vieljährige Beobachtung und Erfahrung sich stützende Überzeugung, welcher ich fast in allen meinen durch die Z veröffentlichten Aufsätzen rückhaltslosen Ausdruck gegeben habe. Das gleiche geschah in einem von mir ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafen für das Deutsche Reich (Berlin 1892), dessen Bestimmungen, so weit sie im Gegensatz zum geltenden Strafgesetze sich befinden, dem Gesetzgeber dessen Fehler und Mängel bezeichnen sollten, deren Beseitigung oder Verbesserung nach den Lehren der Gefängnistunde als die notwendige Bedingung eines rationellen und wirksamen Strafvollzuges gefordert werden muß.

Die folgende Abhandlung bezeichnet einen weiteren Schritt auf dem von mir eingeschlagenen Wege, dem Zweckgedanken im Gebiete des Strafrechts Geltung zu verschaffen; sie enthält den Versuch, in Verwertung jenes Gedankens die zur Verbesserung und teilweiser Abänderung des gegenwärtigen Strafsystems notwendigen gesetzlichen Normen selbst zu finden und damit einen Beweis für die Verwertbarkeit und Brauchbarkeit der relativen Strafrechtstheorien zu liefern.

Ich glaube, diese meine Absicht am besten und sichersten durch eine Umarbeitung des I. Teil unsers Reichs Strafgesetzbuches unter Zugrundelegung des Zweckgedankens bei gleichzeitiger Einhaltung der vom Gesetzgeber getroffenen Anordnung des Stoffes und unter Vermeidung jeder nicht notwendigen Änderung zu erreichen.

Das Wagnis des Versuches an sich möge mit meiner Begeisterung für die gute Sache entschuldigt werden!

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.**Einleitende Bestimmungen.****Gegenwärtiger Text.**

§ 1. Eine mit dem Tode, mit Zuchthaus oder mit Festungshaft von mehr als fünf Jahren bedrohte Handlung ist ein Verbrechen.

Eine mit Festungshaft bis zu fünf Jahren, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe von mehr als 150 Mark bedrohte Handlung ist ein Vergehen.

Eine mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bedrohte Handlung ist eine Übertretung.

Vorgeschlagene Veränderungen.

§ 1. Die im II. Teile des Strafgesetzbuches in den Abschnitten I—XXVIII behandelten strafbaren Handlungen sind Verbrechen, die in Abschnitt XXIX behandelten strafbaren Handlungen Übertretungen.

Begründung.

Gegen die fernere Beibehaltung der aus dem französischen Rechte stammenden Dreiteilung der Delikte, welche seinerzeit nur nach lebhafter Diskussion und nach langem Widerstreben der Preussischen Regierung in das Preuss. Strafgesetzbuch aufgenommen, und deren Übernahme von da in das St.G.B. für den Norddeutschen Bund von zahlreichen Kritikern scharf getadelt worden ist, (vgl. Schwarze, Kommentar zum St.G.B. für das Deutsche Reich S. 5) sprechen folgende Gründe:

Die Unterscheidung zwischen Verbrechen im engeren Sinne und Vergehen ist eine künstliche, die zwischen beiden gezogene Grenze beruht einzig und allein auf dem Willen des Gesetzgebers, insofern dieser die eine Art kriminellen Unrechts mit Zuchthaus, die andre mit Gefängnis zu bedrohen für gut fand.

Unbestritten dagegen und von allen Gesetzgebungen anerkannt ist der in der Natur der Sache begründete Gegensatz zwischen Verbrechen im engeren Sinne und zwischen Übertretungen. Als vorherrschende Ansicht darf wohl heutzutage diejenige gelten, wonach das kriminelle Unrecht in der Verletzung oder Gefährdung bestimmter Rechtsgüter, das polizeiliche dagegen schlechthin im Ungehorsam gegen Verbote oder Gebote besteht. (Olshausen, Kommentar zum St.G.B. für das Deutsche Reich 4. Aufl. I. Band S. 37.) Frank (Mitt. d. J.R.V. Bd. VII S. 191) definiert die Polizeiübertretung als eine solche Handlung, zu deren Thatbestand weder die Verletzung noch die Gefährdung notwendig gehört, die aber wegen der

möglicherweise in ihr liegenden Gefährdung oder wegen ihres Widerspruches mit der guten Ordnung des Gemeinwesens unter Strafe gestellt ist. In ähnlichem Sinne äußern sich über den gleichen Gegenstand auch schon die Anmerkungen zum bayerischen St.G.B. von 1813 in § 8 der Einleitung.

Wenngleich bis heute noch nicht der Begriff der Übertretung vollkommen festgestellt ist, so besteht doch über die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen kriminellem und polizeilichem Unrecht keine Meinungsverschiedenheit (vgl. d. Verh. der VI. Vers. der deutschen Landesgruppe in den Mitt. d. J.R.V. Bd. VII S. 186 ff.).

Die Dreiteilung der strafbaren Handlungen hat auch durch den Wegfall ihrer früheren Wirkung auf die Gerichtszuständigkeit und damit auf das Strafverfahren infolge des Gerichtsverf.Ges. von 1877 einen großen Teil ihrer ehemaligen Bedeutung verloren. So weit sie zu einer Dreiteilung der Freiheitsstrafe geführt hat, ist sie für den Vollzug dieser Strafart, wie an andrer Stelle gezeigt werden soll, geradezu verhängnisvoll geworden; sie bildet bis auf den heutigen Tag das wichtigste Hindernis eines rationellen Strafvollzuges, insofern sie die Schwere des Verbrechens, und nicht das antisoziale Verhalten des Verbrechers, über die Art der anzuwendenden Freiheitsstrafe (Zuchthaus oder Gefängnis) entscheiden läßt.

Gründe dieser oder ähnlicher Art mögen es gewesen sein, welche zur Nichtannahme der Trichotomie der Delikte in den Strafgesetzbüchern der Niederlande (von 1881) und von Italien (von 1889) wie in den Strafgesetzentwürfen von Norwegen und von der Schweiz geführt haben.

§§ 2—12 d. R.St.G.B.,

von der Herrschaft des Strafgesetzes rücksichtlich der Zeit des Ortes und der Person handelnd, sind m. E. nicht revisionsbedürftig.

I. Teil.

Erster Abschnitt.

Strafen.

Freiheitsstrafen.

Gegenwärtiger Text.

§ 13. Die Todesstrafe ist durch Enthauptung zu vollstrecken.

§ 14. Die Zuchthausstrafe ist eine lebenslängliche oder eine zeitige.

Vorgeschlagene Änderungen.

§ 13. Die Todesstrafe ist durch Enthauptung zu vollstrecken.

§ 14. Die ordentliche Freiheitsstrafe für Verbrechen ist das Gefängnis, für Übertretungen die Haft.

Der Höchstbetrag der zeitigen Zuchthausstrafe ist fünfzehn Jahre, ihr Mindestbetrag ein Jahr.

Wo das Gesetz die Zuchthausstrafe nicht ausdrücklich als eine lebenslängliche androht, ist dieselbe eine zeitige.

§ 15. Die zur Zuchthausstrafe Verurtheilten sind in der Strafanstalt zu den eingeführten Arbeiten anzuhalten.

Sie können auch zu Arbeiten außerhalb der Anstalt, insbesondere zu öffentlichen oder von einer Staatsbehörde beaufsichtigten Arbeiten verwendet werden. Diese Art der Beschäftigung ist nur dann zulässig, wenn die Gefangenen dabei von andern freien Arbeitern getrennt gehalten werden.

Als außerordentliche Freiheitsstrafen kommen zur Anwendung: gegen Verbrechen die Zuchthausstrafe, gegen Verbrechen und Übertretungen die Festungshaft.

§ 15. Die Gefängnisstrafe ist eine zeitige; ihr Höchstbetrag ist fünfzehn Jahre, ihr Mindestbetrag ein Tag.

Die zu Gefängnis Verurtheilten, welche ihre Strafe in einer Gefangenenanstalt erstehen, sollen auf eine ihren Fähigkeiten, Kräften und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden. Die gleiche Vorschrift soll auch gegen diejenigen Gefängnissträflinge, welche ihre Strafe in einem Gerichtsgefängnisse erstehen, möglichst durchgeführt werden.

Zu Arbeiten außerhalb der Gefangenenanstalt oder des Gefängnisses dürfen Gefängnissträflinge ohne ihre Zustimmung nicht verwendet werden.

Gefängnisstrafen, welche sechs Wochen nicht übersteigen, können in den vom Gesetze bestimmten Fällen, welche einen hohen Grad von Roheit oder Gefühllosigkeit verraten, sowie gegen Bettler und Vagabunden bei nachgewiesener Arbeitscheu durch Richterspruch geschärft werden

1. durch Beschränkung der Kost auf Wasser und Brot an jedem dritten Tage,
2. durch Anweisung der Lagerstätte auf bloßen Brettern, ebenfalls nur an jedem dritten Tage.

Beide Schärfsarten können mit einander oder abwechselungsweise auf die ganze Dauer oder für einen Teil der Strafzeit angewendet werden.

§ 16. Der Höchstbetrag der Gefängnisstrafe ist fünf Jahre, ihr Mindestbetrag ein Tag.

Die zur Gefängnisstrafe Verurteilten können in einer Gefangenenanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden; auf ihr Verlangen sind sie in dieser Weise zu beschäftigen.

Eine Beschäftigung außerhalb der Anstalt (§ 15) ist nur mit ihrer Zustimmung zulässig.

§ 17. Die Festungshaft ist eine lebenslängliche oder eine zeitige.

Der Höchstbetrag der zeitigen Festungshaft ist fünfzehn Jahre, ihr Mindestbetrag ein Tag.

Wo das Gesetz die Festungshaft nicht ausdrücklich als eine lebenslängliche androht, ist dieselbe eine zeitige.

Die Strafe der Festungshaft besteht in Freiheitsentziehung mit Beaufsichtigung der Beschäftigung und Lebensweise der Gefangenen; sie wird in Festungen oder andern dazu bestimmten Räumen vollzogen.

§ 18. Der Höchstbetrag der Haft ist sechs Wochen, ihr Mindestbetrag ein Tag.

Die Strafe der Haft besteht in einfacher Freiheitsentziehung.

§ 16. Der Höchstbetrag der Haft ist sechs Wochen, ihr Mindestbetrag ein Tag.

Die Strafe der Haft besteht in einfacher Freiheitsentziehung. Zwang zur Arbeit findet gegen Haftsträflinge nicht statt. Doch ist ihnen das Recht der Selbstbeschäftigung wie das der Selbstbeföstigung während der Strafverbüßung vorbehalten.

§ 17. Die Gefängnis- wie die Haftstrafe sind in Festungen oder in andern dazu bestimmten Räumen zu vollziehen, wenn das Gericht solches der Bildungsstufe oder den bürgerlichen Verhältnissen des Verurteilten sowie den besondern Umständen der That oder der dieser zu Grund gelegenen Gefinnung angemessen findet und im Strafurteile anordnet.

Die Festungshaft ist eine lebenslängliche (vgl. § 19) oder eine zeitige.

Der Höchstbetrag der zeitigen Festungshaft ist fünfzehn Jahre, ihr Mindestbetrag ein Tag.

Die Strafe der Festungshaft besteht in Freiheitsentziehung mit Beaufsichtigung der Beschäftigung und der Lebensweise der Gefangenen.

§ 18. Hat der Verurteilte wegen eines gleichen oder eines gleichartigen Verbrechens schon mehrere und unter diesen die höchste dafür angedrohte Gefängnisstrafe erstanden, und waren seit deren Beendigung bis zur Verübung des neuerlichen Verbrechens noch nicht fünf Jahre abgelaufen, so soll der Richter, wenn er überzeugt ist, daß der Verurteilte auch nach Ersetzung der neuerlich verwirkten

§ 19. Bei Freiheitsstrafen wird der Tag zu 24 Stunden, die Woche zu 7 Tagen, der Monat und das Jahr nach der Kalenderzeit gerechnet.

Die Dauer einer Zuchthausstrafe darf nur nach vollen Monaten, die Dauer einer andern Freiheitsstrafe nur nach vollen Tagen bemessen werden.

§ 20. Wo das Gesetz die Wahl zwischen Zuchthaus und Festungshaft gestattet, darf auf Zuchthaus nur dann erkannt werden, wenn festgestellt wird, daß die strafbar befundene Handlung aus einer ehrlosen Gefinnung entsprungen ist.

§ 21. Achtmonatliche Zuchthausstrafe ist einer einjährigen Gefängnisstrafe, achtmonatliche Gefängnisstrafe einer einjährigen Festungshaft gleich zu achten.

§ 22. Die Zuchthaus- und Gefängnisstrafe können sowohl für die ganze Dauer, wie für einen Teil der erkannten Strafzeit in der Weise in Einzelhaft vollzogen werden, daß der Gefangene unausgesetzt von andern Gefangenen gesondert gehalten wird.

Die Einzelhaft darf ohne Zustimmung des Gefangenen die Dauer von drei Jahren nicht übersteigen.

ordentlichen Strafe werde rückfällig werden, solche in ihrem gesetzlich angedrohten Höchstbetrage aussprechen und zugleich anordnen, daß dieselbe im Zuchthause vollzogen werde.

§ 19. Außerdem dient das Zuchthaus zum Vollzuge lebenslänglicher Freiheitsstrafen, vorbehaltlich der Bestimmungen in § 17 Abs. 2.

§ 20. Die Zuchthausstrafe wird in einem Gebäude vollzogen, das ausschließlich diesem Zwecke dient.

Die Züchtlinge sind in der Strafanstalt zu den eingeführten Arbeiten anzuhalten.

Sie können auch zu Arbeiten außerhalb der Anstalt verwendet werden. Doch ist diese Art von Beschäftigung nur dann zulässig, wenn die Gefangenen dabei von freien Arbeitern getrennt gehalten werden.

§ 21. Soll die Fassung des seitherigen § 19 erhalten.

§ 22. Die Gefängnis- und die Haftstrafe können sowohl für die ganze Dauer wie für einen Teil der erkannten Strafzeit in der Weise in Einzelhaft vollzogen werden, daß der Gefangene unausgesetzt von andern Gefangenen gesondert gehalten wird.

Einzelhaft ist ausgeschlossen, wenn von derselben eine Gefahr für den körperlichen oder geistigen Zustand der Gefangenen zu besorgen ist.

Die Zuchthaus- und die Festungsstrafe werden regelmäßig nicht in Einzelhaft vollzogen.

Dagegen soll diese Haftart vorzugsweise beim Vollzuge von Gefängnisstrafen zur Anwendung kommen, welche wegen Verbrechen gegen fremdes Eigentum (Abschn. XIX—XXIII) oder wegen Sittlichkeitsverbrechen ganz oder teilweise erkannt worden sind.

Gefängnisstrafen, wegen anderer Reate erkannt, sollen in der Regel in Gemeinschaftshaft vollzogen werden, sofern nicht das Betragen und die Eigenschaften des Verurteilten oder seine verbrecherische Vergangenheit seine Trennung von andern Gefangenen als notwendig oder ratsam erscheinen läßt.

Begründung.

Wie bereits oben angedeutet wurde, ist das Haupthindernis eines wirklichen Vollzuges der Freiheitsstrafe unter der Herrschaft des gegenwärtigen Strafgesetzes in dem Umstande zu erblicken, daß die Strafart bestimmt wird durch die Schwere des Deliktes, so daß Zuchthaus die regelmäßige Strafe für Verbrechen, Gefängnis die regelmäßige Strafe für Vergehen ist.

Die nächste Folge dieses Mißgriffes äußert sich in der Weise, daß sich im Zuchthause wie im Gefängnisse Leute zusammenfinden, die nach ihrer kriminellen Vergangenheit, nach ihrem Gesamtverhalten gegenüber der Gesellschaft sich sehr wesentlich von einander unterscheiden. Wir treffen heute im Zuchthause neben dem gefährlichen Einbrecher und dem internationalen Hochstapler den bis zu seiner Verurteilung gut beleumundeten Totschläger, neben der abgeseimten Kupplerin die Kindesmörderin, welche durch die Scham und durch die Not zu ihrer blutigen That getrieben wurde. In den Gefangenanstalten sitzen ehrenhafte, noch wenig verdorbene Bursche, die in der Hitze der Leidenschaft eine Körperverletzung oder im Rausche oder im Zorn einen Hausfriedensbruch sich zu Schulden kommen ließen, neben sogenannten Louis, neben Gaunern und Bagabunden, die schon häufig Insassen des Zuchthauses und des

Arbeitshauses gewesen sind. Für diese ganz verschieden gearteten Personen gilt im Zuchthause wie im Gefängnisse die gleiche Hausordnung, der eine wie der andere erfährt die gleiche Behandlung, je nachdem auf Zuchthaus oder auf Gefängnis gegen ihn erkannt worden ist. Um allzu große Härte im Strafvollzuge gegen die bessern unter den Züchtlingen und andererseits allzu große Milde gegen die schlimmen Elemente im Gefängnisse zu vermeiden, hat man Hausordnungen für beiderlei Strafanstalten geschaffen, welche sich bis auf einige unwesentliche Punkte in solchem Maße gleichen, daß heutzutage fast jeder Unterschied im Vollzuge der Zuchthaus- und der Gefängnisstrafe verwischt ist (vgl. Wach, Die Reform der Freiheitsstrafe S. 7 ff.).

Den größten Gewinn aus diesem bedauerlichen Zustande zieht das habituelle Verbrechen, das aus dem angeführten Grunde eine allzu milde Behandlung erfährt, welche nicht in genügender Weise abschreckend wirkt und zugleich das Rechtsbewußtsein des Volkes verletzt und in weiten Kreisen Mißstimmung hervorruft.

Die I.R.V. hat schon in ihrer ersten Jahresversammlung zu Brüssel (1889) als einen Hauptmangel des gegenwärtig in Ansehung der Rückfälligen herrschenden Systems die mangelnde Klassifikation und die gleichmäßige Behandlung der Gewohnheits- und der Gelegenheitsverbrecher bezeichnet (vgl. Mitt. der I.R.V. Bd. I S. 194 ff.), und die über den gleichen Gegenstand im Vereine der deutschen Strafanstaltsbeamten und auf dem internationalen Gefängnis-Kongresse zu Petersburg (1890) geführten Verhandlungen haben zu Beschlüssen geführt, welche die Notwendigkeit aussprechen, wiederholt rückfällige, d. i. dem Verbrechen ergebene und voraussichtlich für immer verfallene Individuen einer besondern, d. i. strengern Strafbehandlung zu unterwerfen und in besondern Anstalten unterzubringen.

Wenn in der V. Vers. der deutschen Landesgruppe innerhalb der I.R.V. (1897) fast einstimmig beschlossen wurde, daß bei der richterlichen Bestimmung der Strafen wie bei deren Vollstreckung auf die Individualität der Verurteilten, so weit das Gesetz dies ermöglicht, Rücksicht zu nehmen und dabei zu unterscheiden sei zwischen Augenblicks-, Zustands- und incorrigiblen Verbrechern (vgl. Mitt. der I.R.V., Bd. VI, S. 582), so kommt zu bemerken, daß die Erfüllung dieser Forderungen gerade durch das Gesetz unmöglich gemacht ist, und darum dieses vor allem geändert werden muß.

Ich erblicke die einzig mögliche Lösung dieser nicht nur für den Strafvollzug, sondern auch für den Schutz der Rechtsordnung so außerordentlich wichtigen Frage in der von mir in den §§ 14—20 vorgeschlagenen Differenzierung der beiden Hauptarten der Freiheitsstrafe, Zuchthaus und Gefängnis, wobei ich mich von der wohl richtigen Erwägung leiten ließ, daß für die Strafbehandlung, oder was hier gleichbedeutend ist, für die Art der Freiheitsstrafe, wenn anders die sogenannten Nebenzwecke erreicht werden sollen, das bisherige Gesamtverhalten des Übelthäters gegen die Gesellschaft, seine soziale Verfassung, nicht aber eine einzelne Verfehlung desselben gegen das Strafgesetz zum Maßstab genommen werden müsse.

Ich befinde mich mit solcher Anschauung in voller Übereinstimmung mit Prof. Dr. Wahlberg, welcher im Handb. des Gef.-Wes. von Holzendorff und Jagemann Bd. I S. 131 folgenden Satz aufstellt: „Für die Klassifikation und Charakterologie des Verbrechertums und für das darauf berechnete mittlere Maß der Schuld- und Straffstufen ist die prinzipielle Unterscheidung zwischen Gelegenheits- und Affektverbrechern einerseits und häufig wiederholten Rückfalls- oder Gewohnheitsverbrechern anderseits von grundlegender Bedeutung und rechtfertigt die Einführung eines dualistischen Strafsystems mit wesentlich ungleichen Strafvollzugsarten für die beiden ungleichen, auch anthropologisch gesonderten Klassen des Verbrechertums.“

Auch die J.R.V. stellt in Art. II Ziff. 4 ihrer Satzungen die Forderung auf, daß die Unterscheidung der Gelegenheitsverbrecher und der Gewohnheitsverbrecher wegen ihrer grundlegenden Bedeutung in theoretischer wie in praktischer Beziehung als Grundlage für die Bestimmungen der Strafgesetzgebung zu dienen habe.

Erst wenn in der von mir bezeichneten Weise der Zweckgedanke auf die Straftat wie auf das Strafmaß berechtigten Einfluß gewonnen und infolge davon die Bevölkerung der beiden Arten von Strafanstalten, Zuchthaus und Gefängnis, diejenige Physiognomie wird angenommen haben, welche dem Gesetzgeber vorgeschwebt sein mag, welche aber unter dem Einflusse der Vergeltungstheorie sich nicht entwickeln konnte, erst dann wird die so oft und so laut begehrte Differenzierung der beiden Freiheitsstrafarten sich ermöglichen, erst dann wird sich die Zuchthausstrafe

zur strengen Zwangsarbeits- und zugleich Sicherungsstrafe mit infamierender Wirkung, wie solches von Theoretikern und Praktikern gewünscht und angestrebt wird, um- und ausbilden lassen.

Der Vollzug der Freiheitsstrafe besteht in Anwendung von physischem und von psychischem Zwange gegen die Verurtheilten. Der erstere bezweckt Sicherung der Gesellschaft durch Internierung des Delinquenten, der letztere Erweckung von Furcht vor der Strafe, durch welche der Verbrechensreiz überwunden und (bürgerliche) Besserung dauernd oder vorübergehend erzielt werden soll.

Für die Art und Weise, wie dieser psychische Zwang geübt werden soll, m. a. W. für die Strafart ist die Empfänglichkeit und Empfindlichkeit des Verurtheilten gegen besagte Einwirkung, dagegen für die Dauer des physischen und mechanischen Zwanges, d. i. der Internierung, die Gefährlichkeit des rechtswidrigen Angriffes und seines Urhebers bestimmend und entscheidend.

Gegen besserungsfähige und besserungswillige Verurtheilte wird regelmäßig ein Mittelmaß psychischen Zwanges oder von Ernst und Strenge in der Behandlung genügen, während gegen wiederholt bestrafte und nach menschlicher Voraussicht unverbesserliche Individuen das höchste Maß von Strafwang, und wegen der in der Inkorrigibilität liegenden Gefährlichkeit zugleich die längste und gesetzlich zulässige Dauer der Internierung verfügt werden muß.

So bekommen wir im Gefängnisse eine ordentliche, dem Durchschnittsbedürfnisse entsprechende Besserungsstrafe, und im Zuchthause eine außerordentliche, jenes Bedürfnis übersteigende Sicherungsstrafe, beide Strafen, wie der Gesetzgeber sie sich vorgestellt haben mag, nicht aber auszugestalten im Stande war, weil er für ihre Differenzierung nicht die richtige Grundlage gefunden hat, indem er sich von der Idee der Vergeltung statt vom Zweckgedanken leiten ließ.

Aber auch für eine andre Sorte von Menschen, als die Inkorrigiblen, erweist sich die Gefängnisstrafe, insbesondere die kurzzeitige, als zu milde und bleibt deshalb in zahlreichen Fällen ohne den gewünschten Erfolg. Diese meine Behauptung richtet sich vorzugsweise gegen rohe, grobsinnliche, gefühllose Individuen, welche häufig als Urheber von sogenannten Roheitsdelikten erscheinen. Um ihnen die Strafen von kürzerer Dauer fühlbarer und dadurch wirkungsvoller zu machen, empfiehlt es sich, sie durch äußere Zuthaten (Kostschmälerungen und Lagerentzug) zu schärfen. In diesem

Sinne hat sich auch die deutsche Landesgruppe der I.R.V. in ihrer 2. Landesvers. zu Halle (1891) ausgesprochen. Die gleiche Ansicht teilt auch Wach (Die Reform der Freiheitsstrafe, Leipzig 1890, S. 19). Vgl. dazu die von ihm in Ann. 18 S. 65 angezogene Litteratur.

Um die von mir empfohlenen Schärfungen für alle geeigneten Fälle zur Verfügung zu haben, wünschte ich, daß auch noch andre Roheitsdelikte, welche das R.St.G.B. unter den Übertretungen aufführt, wie Tierquälerei, Heßen von Hunden auf Menschen usw. an geeigneter Stelle unter die sogenannten Verbrechen aufgenommen würden.

In entgegengesetzter Richtung, wie das Zuchthaus, bewegt sich die andre von mir empfohlene Abweichung von der ordentlichen Freiheitsstrafe, ich meine die in § 17 behandelte Festungshaft. Ich habe mich über sie in Z XIII 914 ausführlich geäußert und zu ihrer Begründung insbesondere Folgendes angeführt:

„Wie es leider Individuen gibt, welche durch Roheit und Gemeinheit die Menschheit entehren, welche durch ihre Unthaten das menschliche Gefühl empören, und welche durch die gewöhnliche oder mittlere Freiheitsstrafe nicht zur Ordnung und Vernunft gebracht zu werden vermögen, so gibt es hinwiederum Personen, welche den gewöhnlichen oder Durchschnittsmenschen weit an Bildung und Gesittung überragen, welche nicht selten sogar durch ehrenhafte Gesinnung sich auszeichnen, und denen gegenüber, wenn sie sich einmal gegen das Strafgesetz verfehlen, auch das mittlere Maß von Freiheitsstrafe, die Gefängnisstrafe, welche für den Durchschnittsmenschen, seine Gefühls- und Denkweise berechnet ist, sich als zu hart und folgens schwer erweist und darum ihren Zweck zu verfehlen droht.“

„In Berücksichtigung dieser großen Verschiedenheit, welche in der Bildung und Gesittung der Bürger eines und desselben Gemeinwesens hervortritt, und von der gewiß richtigen Anschauung geleitet, daß die Strafbehandlung nicht nach der einzelnen Straftat, sondern nach der Eigenart des Thäters sich zu richten habe, hatten ältere Strafgesetzbücher, wie z. B. die beiden bayerischen von 1813 und von 1861, ferner das Württ. von 1839, für Ketten-, Zuchthaus-, Arbeitshaus- und Gefängnisstrafe eine mildere und schonendere Strafvollzugsweise vorgesehen, indem sie dem Richter vorschrieben, die Vollstreckung dieser Strafen in einer Festung anzu-

ordnen, „sofern ihm solches nach sorgfältiger Erwägung der Umstände des Verbrechens, sowie der Bildungsstufe und der bürgerlichen Verhältnisse des Übertreters begründet erscheine.“

Ich halte diese Auffassung, wonach das Individualisierungs-Prinzip in den Dienst der Gerechtigkeit gestellt und zweckmäßiges Strafen gefördert wird, für die richtige, dagegen die Konstruierung einer Festungshaft als besondere Strafart für einige wenige Verbrechen, wie wir dieselbe in unserm R.St.G.B. vorfinden, für einen Fehler, der, wie so mancher andre in unsrer Strafgesetzgebung, einzig und allein der unwahren Vergeltungstheorie ihre Entstehung verdankt.

Die Vorteile der Wiederherstellung der Festungshaft in ihrer älteren Form würden in besonders hohem Maße in Zeiten politischer oder kirchenpolitischer Erregung und Bewegung zur Geltung kommen, insofern wir künftig nicht mehr gezwungen wären, ehrenhafte und charakterfeste Männer, welche ein Opfer ihrer Überzeugung geworden, in die Zuchthausjacke zu stecken und an das Spulrad zu setzen.

Wie aus der Fassung der oben formulierten Paragraphen hervorgeht, wird durch meinen Vorschlag eine Verschärfung der Gefängnisstrafe durch deren Vollzug im Zuchthause wie eine Milde rung derselben durch den Vollzug in einer Festung je nach be sondern Hausordnungen beabsichtigt. Darum sind auch für die Zuchthausstrafe und für Festungshaft die gleichen zeitlichen Gren zen, wie für das Gefängnis vorgesehen.

Die Bestimmung des Zuchthauses zum Vollzuge der lebens länglichen Freiheitsstrafe paßt vollkommen zu der ihr zugewiesenen weitem Aufgabe, Individuen zu verwahren, welche für die bürgerliche Gesellschaft als verloren gelten und für diese lediglich als Feinde in Betracht kommen, gegen welche in erster Linie das Inter esse der öffentlichen Sicherheit zu wahren ist.

Wenn in meinen Vorschlägen auch eine lebenslängliche Festungs strafe vorgesehen wurde, so geschah dieses in der Absicht, ein Mittel zu beschaffen, politische Verbrecher, welche die höchste Freiheitsstrafe sich zugezogen haben, vor dem entehrenden Strafvollzuge im Zucht hause zu bewahren.

Die Qualität der dem Zuchthause zuzuweisenden Personen als sozial untauglichen Individuen läßt den gegen sie zu übenden un bedingten Arbeitszwang als vollkommen gerechtfertigt erscheinen,

während die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der gleichen Maßregel, wie sie unser gegenwärtiges R.St.G.B. vorschreibt, im Hinblick auf die große Verschiedenheit der dermaligen Zuchthausinsassen gewichtigen Bedenken unterliegt.

Die Haftstrafe läßt sich weder unter dem Gesichtspunkte der Besserung noch unter dem der Sicherung betrachten; sie erscheint als Übertretungsstrafe, wie die Geldstrafe, mit der sie in der Regel alternativ angedroht und ausgesprochen werden soll, vielmehr nur als eine verschärfte Mahnung zu erhöhter Achtsamkeit gegen bestehende Gebote und Verbote. Sie unterscheidet sich von der Gefängnisstrafe durch ihre niedrige Maximaldauer, durch den Wegfall des Arbeitszwanges und durch den Ort, wo sie erstanden werden soll.

Ohne den Ausgang der Verhandlungen der von der F.R.B. niedergesetzten Kommission über Behandlung nicht beitreibarbarer Geldstrafen abzuwarten, läßt sich wohl jetzt schon mit Sicherheit annehmen, daß neben der für Übertretungen in erster Linie in Aussicht genommenen Geldstrafe eine an ihre Stelle für den Fall der Uneinbringlichkeit tretende leichte Freiheitsstrafe, wie die Haft, nicht wohl wird entbehrt werden können.

Die Annahme eines Strafsystems, wie das von mir vorgeschlagene, dessen Verschiedenheit in den Strafarten auf einer richtigen Klassifikation der Verbrecher nach deren sozialer Vereinzelschaftung beruht, versprache den segensreichen Fortschritt, daß unsre Strafen im allgemeinen schonender und vernünftiger gegen Fehlende und Irrende, strenger und zielbewußter gegen die wahren Feinde der öffentlichen Ordnung sich gestalten und in viel höherem Maße, als seither, die Lebensinteressen der Gesellschaft wahrnehmen und fördern würden.

§ 19 des R.St.G.B. kann unverändert beibehalten werden. Dagegen werden die §§ 20 und 21 durch meine Vorschläge über die der Zuchthausstrafe und der Festungshaft im Strafsystem anzuweisende Stellung überflüssig und hätten darum künftig wegzufallen.

Abf. 2 von § 22, welcher auf Bedenken gegen die gesundheitlichen Folgen der Einzelhaft zurückzuführen ist, ist m. E., nachdem jene Zweifel durch langjährige günstige Erfahrungen beseitigt sind, zu streichen. An seiner Stelle könnte § 13 der bundesrätlichen Grundsätze über den Vollzug gerichtlich erkannter Freiheitsstrafen

vom 6. November 1897 eingeschaltet werden, welcher lautet: „Einzelhaft ist ausgeschlossen, wenn von derselben eine Gefahr für den körperlichen oder geistigen Zustand des Gefangenen zu besorgen ist.“

Meine übrigen Vorschläge bezüglich der Anwendung der Einzelhaft beruhen auf folgenden Erwägungen: Die Haftweise hat, wie die gesamte Strafbehandlung, dem Strafzweck zu dienen, der für alle Verurteilten der gleiche ist; das Mittel aber hat sich nach der Individualität des zu Strafenden zu richten, wie die Dosis eines Heilmittels nach der Konstitution des Patienten. Es ist daher falsch, die eine oder andere Haftweise, und wäre sie an sich noch so vorzuziehend, auf alle Verurteilten unterschiedslos anzuwenden, wie uns der Zusammenbruch des Einzelhaftsystems in Belgien recht deutlich vor Augen führt. Ebenso falsch ist es, die Haftweise oder die Dauer ihrer Anwendung durch die Straftat (Zuchthaus-, Gefängnis- oder Haftstrafe) bestimmen zu lassen. Die Frage muß so gestellt werden: „Wie lassen sich die sogenannten Nebenzwecke der Strafe, Besserung und Abschreckung, am sichersten und vollkommensten, und wenn von beiden Haftarten der gleiche Erfolg zu erwarten ist, mit den geringsten Opfern erreichen?“ Besserung und Abschreckung können durch Gemeinschaftshaft wesentlich beeinträchtigt werden, der Strafvollzug kann aber auch durch die Trennungshaft unnötiger Weise sehr verteuert werden.

Das eine wie das andre zu vermeiden, scheidet man zunächst diejenigen Verurteilten, welche andre mit moralischer Ansteckung bedrohen, von denjenigen, von welchen solche Gefahr nicht zu besorgen ist. Die Angehörigen dieser letztern Klasse, vorzugsweise aus Leidenschafts- und Gelegenheitsverbrechern bestehend, können wegen ihrer gegenseitigen Ungefährlichkeit unbedenklich in Kollektivhaft gehalten werden, ohne daß dadurch die Verfolgung des Besserungswertes wesentlich erschwert und die Kosten des Strafvollzugs unnötiger Weise erhöht würden. Diejenigen, welche für andre durch moralische Ansteckung gefährlich werden können, wie Eigentums- und Sittlichkeitsverbrecher, sind entweder solche, deren Zustand durch die Gesellschaft mit Ihnsgleichen verschlimmert werden kann oder nicht. Die erstern, die Heilbaren, isoliere man gegen einander, die letztern, d. i. die Inkorrigiblen oder Inkurablen, sollen, wie unheilbare Kranke in Spitälern auch kollektive Behandlung erfahren, weil solche für sie keine besondere Gefahren im Gefolge hat und überdies um vieles billiger zu stehen kommt.

Von solchen Erwägungen läßt man sich in Ländern leiten, welche das sogenannte gemischte Haft-System sich angeeignet haben, das sich namentlich in den meiner Leitung anvertrauten Anstalten vorzüglich bewährt hat und darum aufs wärmste empfohlen werden kann. Als ein Beweis der Ungefährlichkeit der Gemeinschaftshaft, bei richtiger Anwendung darf wohl in der Rückfallsziffer von nur 18,9 pCt., welche sich für die auf Hohenasperg internierten Gelegenheits- und Zufallsverbrecher berechnet, erblickt werden.

Wegen der großen Bedeutung, welche der Durchführung gleicher Grundsätze über die Haftweise für die wünschenswerte Einheitlichkeit in der Strafvollstreckung zukommt, sollten solche im künftigen Strafgesetz als bindende Normen aufgestellt werden, wie ich solche oben in § 22 meines Entwurfes zu formulieren versucht habe.

Vorläufige Entlassung.

Gegenwärtiger Text.

§ 23. Die zu einer längeren Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe Verurteilten können, wenn sie drei Viertel, mindestens aber ein Jahr der ihnen auferlegten Strafe verbüßt, sich auch während dieser Zeit gut geführt haben, mit ihrer Zustimmung vorläufig entlassen werden.

§ 24. Die vorläufige Entlassung kann bei schlechter Führung des Entlassenen oder wenn derselbe den ihm bei der Entlassung auferlegten Verpflichtungen zuwiderhandelt, jederzeit widerrufen werden.

Vorgeschlagene Änderungen.

§ 23. Die zu einer längeren Freiheitsstrafe wegen Verbrechen Verurteilten sollen, wenn sie drei Viertel, mindestens aber ein Jahr der ihnen zuerkannten Strafe verbüßt, sich auch während dieser Zeit gut geführt haben, auf ihr Ansuchen vorläufig entlassen werden, vorausgesetzt, daß nach ihrer Persönlichkeit und nach den Verhältnissen, in welche sie nach der vorläufigen Entlassung eintreten, die Gefahr eines Rückfalls nicht zu besorgen ist.

Der verbüßten Strafzeit wird die nach § 60 des St.G.B. oder nach § 482 der St.P.D. auf die erkannte Strafe in Anrechnung gebrachte Untersuchungshaft gleich geachtet.

§ 24. Die vorläufige Entlassung kann bei schlechter Führung des Entlassenen oder wenn derselbe den ihm bei oder nach der Entlassung auferlegten Verpflichtungen zuwiderhandelt, widerrufen werden.

Der Widerruf hat die Wirkung, daß die seit der vorläufigen Entlassung bis zur Wiedereinlieferung verfloßene Zeit auf die festgesetzte Strafdauer nicht angerechnet wird.

Der Widerruf hat die Wirkung, daß der zur Zeit der vorläufigen Entlassung bestandene Strafreß nachträglich zu verbüßen ist.

§ 25. Soll unverändert bleiben.

§ 26. Ist die festgesetzte Strafdauer abgelaufen, ohne daß ein Widerruf der vorläufigen Entlassung erfolgt ist, so gilt die Freiheitsstrafe als verbüßt.

§ 26. Ist die festgesetzte Strafdauer, mindestens aber ein Jahr seit der vorläufigen Entlassung abgelaufen, ohne daß deren Widerruf erfolgt ist, so gilt die Freiheitsstrafe als verbüßt.

Begründung.

Die vorläufige Entlassung, eine aus dem Zweckgedanken hervorgegangene, in hohem Grade gelungene Schöpfung, der aber, vielleicht gerade dieses ihres Ursprungs wegen leider bisher in weiten Kreisen noch nicht die ihr gebührende Anerkennung geworden ist, hat sich in Deutschland als eine dem Strafvollzuge höchst nützliche Einrichtung bewährt und verdient deshalb nicht bloß beibehalten, sondern auch noch weiter ausgebildet und vervollkommen zu werden. Vgl. Bl. f. Gefängnisw. Bd. XX S. 291, Bd. XXIII S. 221.

Die von mir zu § 23 Abs. 1 des R.St.G.Bs. vorgeschlagene Textänderung ist eine notwendige Folge des von mir empfohlenen Strafsystems. Es wird durch sie auch mit voller Bestimmtheit die Frage entschieden, auf welche Arten der Freiheitsstrafen die vorläufige Entlassung Anwendung finden soll.

Die vorläufige Entlassung, zuerst (in Sachsen) im Begnadigungswege eingeführt, hat durch ihre Aufnahme in das R.St.G.B. gesetzliche Form angenommen und ist dadurch zu einer Rechtsinstitution geworden. Daraus folgt, daß § 23 des R.St.G.Bs. als Gesetzesvorschrift angewendet werden muß, sobald er angerufen und der Nachweis des Vorhandenseins der im Gesetze aufgestellten Bedingungen geliefert wird.

Die Forderung „guter Führung“ der Verurteilten als Bedingung der vorläufigen Entlassung ist zu niedrig gegriffen; sie steht auch im Widerspruch zu der allgemeinen Praxis, wonach von Anfang an, wie vor 1870 in Sachsen, so seither in allen übrigen Einzelstaaten, an den beiden weiteren Voraussetzungen festgehalten wurde, daß

der Gefangene durch sein Vorleben, durch seine ganze Persönlichkeit die Bürgschaft künftiger guter Führung bieten, ferner daß ihm die Verwirklichung seiner guten Vorsätze durch ein ordentliches und gesichertes Unterkommen und Fortkommen nach der Entlassung ermöglicht sein müsse.

Die dermalige Fassung des § 23 des R.St.G.Bs. läßt diese wichtigen Bestimmungen vermissen, von deren Einhaltung der Erfolg der vorläufigen Entlassung in jedem Falle bedingt ist. Diesem unleugbaren Mangel soll durch den Beisatz: „vorausgesetzt — bezorgen ist“ abgeholfen werden.

Durch Abs. 2, der nach meinem Vorschlage in den § 23 des St.G.Bs. soll aufgenommen werden, soll ein empfindlicher Mißstand beseitigt werden, welcher dadurch geschaffen wurde, daß der angezogene Paragraph durch das Reichsjustizamt eine Auslegung dahin erfahren hat, daß die auf die erkannte Strafe in Anrechnung kommende Untersuchungshaft nicht zugleich als verbüßte Strafzeit im Sinne des § 23 des R.St.G.Bs. zu erachten, daß also eine vorläufige Entlassung des Strafgefangenen erst dann zulässig sei, wenn er drei Viertel und mindestens ein Jahr an der ganzen ihm auferlegten Strafe in der Strafanstalt zugebracht hat.

Diese Entscheidung führt zu ungleicher Behandlung gleichschuldiger Personen, die der Richter mit der gleichen Strafe treffen wollte.

Von zweien je zu zwei Jahren verurteilten Personen kann der eine die Freiheit nach $1\frac{1}{2}$ Jahren wieder erlangen, während der andre, welcher 6 Monate unverschuldet in Untersuchungshaft sich befunden hat, um die Wohlthat der vorläufigen Entlassung kommt und im ganzen volle zwei Jahre seiner Freiheit verlustig wird.

Gegen solche Behandlungsweise scheint denn doch die Erwägung zu sprechen, daß sämtliche in Betracht kommende Gesetzesartikel (§§ 23 und 26 des St.G.Bs. wie § 482 der St.P.O.) zu gunsten des Verurteilten aufgestellt und darum auch im Zweifelsfalle zu seinen Gunsten auszulegen sind.

Durch die von mir dem § 24 Abs. 2 gegebene Fassung wird eine Verschiedenheit in der Praxis beseitigt, welche sich insofern gebildet hat, als einige Einzelstaaten die Fortsetzung der Strafverbüßung infolge Widerrufs der vorläufigen Entlassung nicht, wie andre, mit dem Tage der Wiedereinlieferung, sondern mit dem

Tage beginnen lassen, an dem der vorläufig Entlassene zur Wiedereinlieferung auf den Transport gesetzt wird.

Durch Annahme der von mir für § 26 gewählten Fassung würde ein sehr weit verbreiteter und berechtigter Wunsch, in welchem fast alle Teilnehmer an der 5. ordentlichen Versammlung des nordwestdeutschen Vereins für Gefängniswesen sich zusammenfanden, erfüllt werden, dahingehend, daß die Frist, innerhalb welcher die vorläufige Entlassung widerrufen werden kann, verlängert werden möge.

Solches Verlangen findet seine volle Begründung in der Erwägung, daß die Möglichkeit des Widerrufs bei verhältnismäßig kurzen Strafen, insbesondere bei solchen unter zwei Jahren, durch den dermaligen Text des § 26 auf einen so kurzen Zeitraum beschränkt ist, daß von der Androhung seines eventuellen Eintritts eine entsprechende Wirkung auf das Verhalten des Beurlaubten nicht erwartet werden darf. Vgl. Bl. f. Gefängnisf. Bd. XX S. 310 und Bd. XXIII S. 230.

Geldstrafe.

Gegenwärtiger Text.

§ 27. Der Mindestbetrag der Geldstrafe ist bei Verbrechen und Vergehen 3 Mk., bei Übertretungen 1 Mk.

§ 28. Eine nicht beizutreibende Geldstrafe ist in Gefängnis und, wenn sie wegen einer Übertretung erkannt worden ist, in Haft umzuwandeln.

Ist bei einem Vergehen Geldstrafe allein oder an erster Stelle oder wahlweise neben Haft angedroht, so kann die Geldstrafe in Haft umgewandelt werden, wenn die erkannte Strafe nicht den Betrag von 600 Mk. und die an ihre Stelle tretende Freiheitsstrafe nicht die Dauer von 6 Wochen übersteigt.

War neben der Geldstrafe auf Zuchthaus erkannt, so ist die an deren Stelle tretende Gefängnis-

Vorgeschlagene Veränderungen.

§ 27. An Stelle von Haft und von Gefängnis in der Dauer von einem Tage bis zu sechs Wochen soll regelmäßig auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 28. Diese Regel (§ 27) findet jedoch keine Anwendung, sondern es ist auf die gesetzliche Freiheitsstrafe zu erkennen:

1. wenn der Angeschuldigte sich durch seine That verächtlich gemacht oder in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt hat;
2. wenn es sich um eine Bestrafung auf Grund des (dermaligen) § 361 des St.G.Bs. handelt;
3. wenn gemäß § 15 auf geschäftes Gefängnis zu erkennen ist;
4. wenn der Angeschuldigte innerhalb eines Jahres, von der neuen Verurteilung an

strafe nach Maßgabe des § 21 in Zuchthausstrafe umzuwandeln.

Der Verurteilte kann sich durch Erlegung des Strafbetrages, soweit dieser durch die erstandene Freiheitsstrafe noch nicht getilgt ist, von der letzteren freimachen.

§ 29. Bei Umwandlung einer wegen eines Verbrechens oder Vergehens erkannten Geldstrafe ist der Betrag von 3—15 Mk., bei Umwandlung einer wegen einer Übertretung erkannten Geldstrafe der Betrag von 1—15 Mk. einer eintägigen Freiheitsstrafe gleich zu achten.

Der Mindestbetrag der an Stelle einer Geldstrafe tretenden Freiheitsstrafe ist ein Tag, ihr Höchstbetrag bei Haft 6 Wochen, bei Gefängnis ein Jahr. Wenn jedoch eine neben der Geldstrafe wahlweise angeordnete Freiheitsstrafe ihrer Dauer nach den vorgeordneten Höchstbetrag nicht erreicht, so darf die an Stelle der Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe den angeordneten Höchstbetrag jener Freiheitsstrafe nicht übersteigen.

§ 30. In den Nachlaß kann eine Geldstrafe nur dann vollstreckt werden, wenn das Urteil bei Lebzeiten des Verurteilten rechtskräftig geworden war.

zurückgerechnet, zweimal wegen der gleichen oder einer gleichartigen Verfehlung verurteilt worden ist;

5. wenn der Richter überzeugt ist, daß die Erkennung einer Geldstrafe ohne die beabsichtigte Wirkung bleiben werde;
6. wenn der Angeschuldigte zur Zeit der Verurteilung außer Stand ist, die seiner Verfehlung entsprechende Geldstrafe, sei es im ganzen, sei es in Fristen, zu bezahlen.

§ 29. Der Höchstbetrag der Geldstrafe ist für Verbrechen 210 Mark, für Übertretungen 126 Mk., der Mindestbetrag 3 Mk. für Verbrechen und 1 Mk. für Übertretungen.

Eine Geldstrafe von 5 Mk. ist einer eintägigen Gefängnisstrafe, und eine Geldstrafe von 3 Mk. einer eintägigen Haftstrafe gleich zu achten.

Eine richterlich erkannte Geldstrafe wird, wenn sie nicht beigetrieben werden kann, in Gefängnis bzw. Haft umgewandelt.

Der Mindestbetrag der an Stelle einer Geldstrafe tretenden Freiheitsstrafe ist ein Tag.

§ 30. Soll lauten wie bisher.

Begründung.

Es ist ein unleugbares, dankbar anzuerkennendes Verdienst der J.R.V., daß dieselbe sich seit ihrer Gründung mit der wichtigen Frage beschäftigt, wie und in welchen Fällen die Freiheitsstrafe

durch andre Strafen oder sichernde Maßregeln ersetzt werden könne. Ihre dritte, zu Christiania 1891 abgehaltene Hauptversammlung hat u. a. die Verwendung der Geldstrafe in der Strafgesetzgebung als Thema behandelt und ist bei ihrer endgiltigen Abstimmung am 26. August 1891 zu folgenden Beschlüssen gelangt:

I. Eine zweckentsprechende Regelung der Geldstrafe vorausgesetzt, ist der Gesetzgebung und der Rechtsprechung eine weitere Anwendung dieses Strafmittels, als bisher in den meisten Ländern stattgefunden hat, zu empfehlen, und zwar:

- a) als fakultative Hauptstrafe für leichtere Straffälle,
- b) als fakultative Nebenstrafe für alle Fälle.

II. Bei Bemessung der Geldstrafe muß neben den andern Strafzumessungsgründen auf die Vermögensverhältnisse des Schuldigen Rücksicht genommen werden.

III. Der Höchstbetrag der Geldstrafe ist gegenüber den bisherigen Gesetzgebungen zu erhöhen, der Mindestbetrag ist möglichst gering zu bemessen.

IV. Es ist den Gesetzgebungen dringend zu empfehlen, die thatsächliche Zahlung der Geldstrafe thunlichst zu erleichtern, namentlich durch Zulassung von Teilzahlungen.

V. Umwandlung der thatsächlich uneinbringlichen Geldstrafe in Freiheitsstrafe ist thunlichst auszuschließen.

Der obige Text des Entwurfs, so weit er sich mit der Geldstrafe befaßt, beweist, daß ich diesen Beschlüssen nur zum Teil beipflichte.

Wenn ich auch in das oft gehörte Verdanmungsurteil über die kurzen Freiheitsstrafen nicht miteinstimme, so halte ich doch einen Ersatz derselben durch Geldstrafen für höchst empfehlenswert, sofern durch letztere, als deren Sinn und Bedeutung ich eine ernste Ermahnung zum Gehorsam erblicke, der gleiche Zweck erreicht werden kann, wie durch erstere. Ist dieses der Fall, so bietet die Geldstrafe gegenüber der Freiheitsstrafe den großen Vorteil, daß durch sie unnötige Härte vermieden und namentlich das Ehrgefühl der Straffälligen geschont wird.

Anders liegt die Sache in den von mir in § 28 unter Ziff. 1—5 angeführten Ausnahmefällen, in welchen solche Milde und Nachsicht als fehlerhafte Schwäche volle Mißbilligung verdiente.

Zur Begründung der unter Ziff. 6 statuierten Ausnahme mache ich geltend, daß jede Art von Strafe als „Rechtsgüterverletzung“

ein gewisses Rechtsgut zur Voraussetzung hat, und durch dessen Nichtvorhandensein ihre Anwendbarkeit ausgeschlossen ist.

In der Vermögenslosigkeit der niedern und zugleich zahlreichsten Volksschichten, welche sich an der Kriminalität am meisten betheiligen, liegt die große Schwäche der Geldstrafe, die enge Begrenzung ihrer Anwendbarkeit. Wird diese ihre natürliche Schranke in der Gesetzgebung nicht berücksichtigt, so wird eine Strafe geschaffen, der nur verhältnismäßig wenige unterworfen werden können, wir bekommen auf solche Weise eine besondere Strafe für Wohlhabende und Reiche, welche dem Unvermöglichen und Armen als eine ungerechte Bevorzugung ihrer in noch so vielen andern Dingen bevorzugten Mitbürger erscheinen und notwendig ihren Neid und ihre Unzufriedenheit erhöhen und steigern muß.

Um eine solche Gefahr für den öffentlichen Frieden zu verhüten, muß die Geldstrafe im Gesetze sich innerhalb sehr bescheidener Grenzen bewegen, so daß sie, wenn auch nicht für alle, so doch für den weitaus größten Teil der Bürger passend und anwendbar erscheint.

Um das richtige Höchstmaß der Geldstrafe zu finden, bin ich von der allerdings ziemlich willkürlichen, jedoch nicht allzu gewagten Annahme ausgegangen, daß das durchschnittliche Einkommen für einen Kopf der strafmündigen Bevölkerung sich nicht über 5 Mk. täglich berechnen und die Straffähigkeit nicht weit über 10 pCt. des jährlichen Einkommens von rund 1800 Mk. hinausreichen dürfte¹⁾.

Dem Einwande, daß mit Strafen in solcher Höhe der Reiche und Wohlhabende nicht genügend getroffen und in ihm weder Besserung noch Abschreckung erreicht werden könne, begegne ich mit folgenden Bemerkungen: Daß Reiche und Wohlhabende gegen Geldstrafen weniger empfindlich sind, sonach auch weniger Ehr- und Schamgefühl besitzen, als arme und unvermögende Personen, ist eine Annahme, die vielen vielleicht als unanfechtbar erscheinen mag, mir aber dennoch des Beweises zu bedürfen scheint, der gefordert werden muß, um daran so weit reichende gesetzliche Folgen zu knüpfen. Ich kenne reiche Leute genug, welche gewiß in manchen Fällen das zehn- und hundertfache der Geldstrafe gerne bezahlen würden,

¹⁾ Aus einem vor kurzem gelesenen Vortrage, welcher die Notiz enthielt, daß 93 pCt. der deutschen Bevölkerung kein Einkommen über 990 Mk. beziehe, leite ich den Schluß ab, daß das oben zu 1800 Mk. geschätzte durchschnittliche Jahreseinkommen noch zu hoch gegriffen sein dürfte.

wenn sie damit das Odium der Strafe tilgen könnten. Auch kann dem wohlhabenden, angesehenen Mann unter Umständen eine Geldstrafe in Bezug auf Ehre, Ansehen und Kredit mehr Schaden bringen, als dem gemeinen Mann eine mehrwöchentliche Gefängnisstrafe. Neben der Geldstrafe können den ersteren überdies sehr empfindliche Folgen, wie Zahlung von Prozeßkosten, Schadloshaltung von Verletzten, Buße u. dgl. treffen, welche dem Mittellosen erspart bleiben. Übrigens steht die Absicht, den Schuldigen mit der Geldstrafe empfindlich zu treffen, in vollem Widerspruch mit der Natur dieser Strafe, welche als die leichteste von allen Strafarten lediglich ein Denktzettel für den Unachtsamen und Fahrlässigen sein und ihm das Beistehen gewisser Gebote und Verbote ins Gedächtnis rufen soll. Endlich ist durch die in § 28 aufgezählten Ausnahmen dafür gesorgt, daß in allen Fällen, wo Grund vorliegt, die Wirksamkeit der Geldstrafe zu bezweifeln, der Richter an ihrer Stelle auf Freiheitsstrafe erkenne.

Um die Geldstrafe gegen Reiche und Wohlhabende empfindlich zu machen, wird, wie schon oben angeführt, die Forderung erhoben, bei deren Bestimmung neben den andern Strafzumessungsgründen auf die Vermögensverhältnisse des Schuldigen Rücksicht zu nehmen.

Ich halte solches Verlangen für verfehlt, weil es im Widerspruch steht zu der allgemeinen Lehre von der Strafbarkeit der Verbrechen.

Für die Strafbarkeit der Deliktsarten (abstrakte Strafbarkeit) ist der Wert des Rechtsgutes und die Bedeutung seiner Verletzung für die bürgerliche Gesellschaft maßgebend. „Je höher uns ein Gut steht, desto mehr nehmen wir Bedacht auf seine Sicherung. Ebenso macht es die Gesellschaft mit ihren Lebensbedingungen, den sozialen Gütern, hinsichtlich des zu ihrer Sicherung aufgebotenen Rechtsschutzes. Je höher das Gut, desto höher die Strafe. Der Tarif der Strafe ist der Wertmesser der sozialen Güter . . . Wie hoch steht das Menschenleben, die Ehre, die Freiheit, das Eigentum, die Ehe, die Sittlichkeit u. s. f.? Schlage das Strafgesetzbuch auf, und Du wirst es finden.“ (Fhering, Der Zweck im Recht. Bd. I S. 492.)

Die Strafbarkeit des einzelnen Deliktes (konkrete Strafbarkeit) wird nach der Meinung der Einen durch die Größe des Verschuldens, nach der Ansicht Anderer durch die Gefährlichkeit des Angriffes und des Angreifers bestimmt.

Mord, Totschlag, Diebstahl, Körperverletzung, Meineid, Tierquälerei, Baumschlag, überhaupt alle Arten von Delikten, haben für die Gesellschaft die gleiche Bedeutung, sei es, daß sie von einem Millionär oder von einem armen Teufel verübt werden. Das Gesetz stellt darum auch für Arme wie für Reiche die gleichen Strafen mit den gleichen Grenzen auf, und innerhalb dieser muß die richtige Strafe für den Einzelfall, sei es nach der Schuldgröße oder nach der Rechtswidrigkeit und Gefährlichkeit des Angriffes, gesucht werden.

Hieran wird nichts durch den Umstand geändert, daß die gleiche Summe Geldes in den Händen des Einen sehr großen, in den Händen des Andern einen verschwindend kleinen Wert hat. Steht es denn mit dem Werte des andern Rechtsgutes, der Freiheit, nicht ebenso? Wird der ledige Bursche nicht mit der gleichen Freiheitsstrafe bedroht und bedacht, wie ein Gatte und Familienvater, der Stromer und Faulenzer, der seine Zeit vergeudet, nicht ebenso wie der fleißige Handwerker, Künstler, Arzt u. s. f., für welche das Wort gilt: „Zeit ist Geld“? Wie groß ist doch der Unterschied in der Schädigung, den diese verschiedenen Klassen von Personen durch Freiheitsentzug erleiden? Und dennoch kann und darf der Gesetzgeber und ebensowenig der Richter diesen Unterschied berücksichtigen.

In Erfüllung der Forderung, die Geldstrafe nach dem Vermögen zu bestimmen, müßte in einem Falle, wo zwei Personen, von denen die eine ein Jahreseinkommen von 2000 Mk., die andre von 200 000 Mk. bezieht, sich etwa eine Störung der Sonntagsfeier schuldig gemacht haben, die erstere mit 10 Mk., die letztere mit 1000 Mk. angelegt werden — eine Strafe, mit der sich gewiß selbst der enragierteste Sozialdemokrat kaum einverstanden erklären würde.

Wenn wir durch verhältnismäßig niedere Geldstrafen dem kleinen Mann Haft und Gefängnis in vielen Fällen zu ersparen bemüht sind, so dürfen wir anderseits gegen die Reichen und Vermöglichen nicht das grobe Unrecht begehen, sie in jedem Straffalle noch besonders wegen ihres Besitzes büßen zu lassen.

Aus den angeführten Gründen lasse ich den Besitz von Vermögen nur in einem Falle als Straferhöhungsgrund gelten, wenn besagter Umstand die Thäter als besonders gefährlich oder rechtswidrig gesinnt erscheinen läßt, wie solches namentlich bei Delikten der Fall sein kann, welche aus schnödem Eigennutz oder niedriger Gewinnsucht hervorgehen. Dem entspricht die entgegengesetzte Behandlung des Armen und Notleidenden, dem seine Mittellosigkeit

unter Umständen sogar als Strafbefreiungsgrund angerechnet werden kann.

In Anbetracht des seltenen Vorkommens derartiger Fälle, wie des erstangeführten, dürfte es sich nicht empfehlen, das gesetzliche Maximum der Geldstrafe zu erhöhen. Richtiger scheint es mir zu sein, falls die im Gesetz vorgesehene höchste Geldstrafe im Verhältnis zur Schuld oder zur Gefährlichkeit des Thäters zu niedrig erscheint, statt derselben die entsprechende Freiheitsstrafe eintreten zu lassen, welches Verfahren sich nach unserm § 28 Ziff. 1 nicht bloß wird rechtfertigen lassen, sondern geradezu geboten sein dürfte.

Wie die Haft eine leichtere Strafart ist, als das Gefängnis, so muß auch die Geldstrafe ihrem Betrage nach verschieden sein, je nachdem sie bestimmt ist, die eine oder andre der beiden Arten von Freiheitsstrafe zu vertreten. Es wurde deshalb im Entwurf einer eintägigen Gefängnisstrafe eine Geldstrafe von 5 M. und einer eintägigen Haftstrafe eine solche von 3 M. gleich gesetzt.

Die Herstellung einer solchen Wertgleichung zwischen verschiedenen Strafarten, welche für einander eintreten können, halte ich zur Vermeidung ungleicher Behandlung gleich gearteter Fälle für notwendig, und erblicke ich in der Außerachtlassung dieser Vorsicht einen Fehler unsres St.G.B., das in § 29 für die Umwandlung von Geldstrafe einen Spielraum von 1—15 M. läßt.

Ein nicht minder großer Übelstand ist m. E. der, daß zwischen Geld- und Gefängnisstrafen bei der alternativen Androhung sehr verschiedene Wertverhältnisse angenommen werden. So entspricht z. B. in § 304 einer Gefängnisstrafe von 1 Tag bis zu 3 Jahren eine Geldstrafe von 3—1500 M., in den §§ 223, 230, 289 einer gleich hohen Gefängnisstrafe eine Geldstrafe von 3—900 M. Dergleichen Verschiedenheiten finden sich in unserm St.G.B. in großer Menge.

Zu einer Wertgleichung bedarf es der Ermittlung von Wertseinheiten. Als solche betrachten wir für Freiheitsstrafen 1 Tag Gefängnis, für die Geldstrafe 1 M. Daß die Rechtsgüter Freiheit und Geld für verschiedene Individuen verschiedenen Wert besitzen, — dieser Umstand kann keinen Einfluß auf die Strafandrohung, wohl aber, wie ich oben ausgeführt habe, in vereinzelt Fällen auf die Strafausmessung ausüben.

Substitution der Freiheitsstrafe an Stelle der nicht beizutreibenden Geldstrafe wird so lange als notwendig und unvermeidlich an-

zunehmen sein, als wir für leichtere Strafe keinen andern passenden Ersatz zur Verfügung haben. Eine nicht zu realisierende Geldstrafe, wie von einigen vorgeschlagen wird, einfach abzuschreiben, bedeutete nichts andres, als für Unbemittelte einen Freibrief zur Begehung gewisser Delikte ausstellen.

In der von andern als Ersatz vorgeschlagenen Zwangsarbeit ohne Einsperrung vermag ich, abgesehen von andern gegen sie geltend gemachten Bedenken (Mitt. der J.R.V. Bd. II S. 55 ff. u. 81 ff. Bd. III S. 243 u. 254), ein taugliches Surrogat für die Geldstrafe um deswillen nicht zu erkennen, weil erwähnte Maßnahme in vielen Fällen von den Betroffenen noch viel härter würde empfunden werden, als Haft und Gefängnis, bei deren Vollzug dem Verurteilten wenigstens der nötige Unterhalt gereicht und derselbe nicht, wie bei der Zwangsarbeit ohne Einsperrung, der Gefahr des Hungers und der Obdachlosigkeit ausgesetzt wird.

Der Hauptwert der Geldstrafe, Freiheitsstrafen entbehrlich zu machen, geht verloren, wenn jene mit dieser verbunden wird. — Der mit Freiheitsstrafe belegte kleine Mann wird durch die damit verbundene Arbeits- und Verdienstlosigkeit nur zu leicht in die Lage kommen, eine ihm gleichzeitig zuerkannte Geldstrafe nicht aufbringen zu können. Die Folge davon ist die Umwandlung derselben in eine Freiheitsstrafe, von der der Vermögliche zum großen Argerniß der Unbemittelten sich loskaufen kann und damit den Vorwurf der Bevorzugung gegenüber den Armen erweckt. Dies die Gründe, welche mich bestimmen, mich gegen die Kumulierung der Geldstrafe mit der Freiheitsstrafe auszusprechen.

Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Gegenwärtiger Text.

§ 31. Die Verurteilung zur Zuchthausstrafe hat die dauernde Unfähigkeit zum Dienste in dem Deutschen Heere und der Kaiserlichen Marine, sowie die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter von Rechtswegen zur Folge.

§ 32. Neben der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe kann auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden, neben der

Vorgeschlagene Veränderungen.

§ 31. Die Verurteilung zur Todes- wie zur Zuchthausstrafe hat die dauernde Unfähigkeit zu den in § 33 aufgeführten bürgerlichen und politischen Rechten von Rechtswegen zur Folge.

§ 32. Neben der Gefängnisstrafe und der Festungshaft kann auf den Verlust der in § 33 aufgezählten Rechte, einzeln oder ins-

Gefängnisstrafe nur, wenn die Dauer der erkannten Strafe drei Monate erreicht und entweder das Gesetz den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ausdrücklich zuläßt oder die Gefängnisstrafe wegen Annahme mildernder Umstände an Stelle von Zuchthausstrafe ausgesprochen wird.

Die Dauer dieses Verlustes beträgt bei zeitiger Zuchthausstrafe mindestens zwei und höchstens zehn Jahre, bei Gefängnisstrafe mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahre.

§ 33. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt den dauernden Verlust der aus öffentlichen Wahlen für den Verurteilten hervorgegangenen Rechte, ingleichen den dauernden Verlust der öffentlichen Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen.

§ 34. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt ferner die Unfähigkeit, während der im Urtheile bestimmten Zeit

1. die Landesfahnen zu tragen;
2. in das Deutsche Heer oder in die Kaiserliche Marine einzutreten;
3. öffentliche Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen zu erlangen;
4. in öffentlichen Angelegenheiten zu stimmen, zu wählen oder gewählt zu werden oder andre politische Rechte auszuüben;

gesamt, erkannt werden, wenn das Gesetz dies ausdrücklich zuläßt.

Der Richter soll von dieser Befugnis nur dann Gebrauch machen, wenn die abzuurteilende That selbst die Furcht des Mißbrauches dieser Rechte zum Nachtheile öffentlicher oder privater Interessen begründet oder ihre Belassung die Wiederholung des abgeurteilten Verbrechens zu begünstigen droht.

Die im Urtheile ausgesprochene zeitige Rechtsunfähigkeit dauert mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahre.

§ 33. Die Aberkennung von bürgerlichen und politischen Rechten besteht darin, daß der Angeklagte für unfähig erklärt wird,

1. die Landesfahnen zu tragen;
2. im Deutschen Heere oder in der Kaiserlichen Marine mit der Waffe zu dienen;
3. wie bisher in § 34 Ziff. 3;
- 4—6. wie bisher in § 34 unter Ziff. 4—6;
7. die väterliche Gewalt auszuüben;
8. bestimmte, im Gesetze ausdrücklich genannte Gewerbe und Berufsarten auszuüben.

§ 34. In den im § 33 unter Ziff. 3 u. 4 angeführten Fällen tritt der dauernde Verlust der seither innegehabten Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen sowie der Verlust der aus öffentlichen Wahlen vor der Verurteilung hervorgegangenen Rechte von Rechtswegen ein.

5. Zeuge bei Aufnahmen von Urkunden zu sein;
6. Vormund, Nebenvormund, Kurator, gerichtlicher Beistand oder Mitglied eines Familienrats zu sein, es sei denn, daß es sich um Verwandte absteigender Linie handle und die obervormundschaftliche Behörde oder der Familienrat die Genehmigung erteile.

§ 35. Kann als überflüssig weggelassen werden.

§§ 36 und 37 geben keinen Anlaß zu wesentlichen Änderungen.

Begründung.

Mit der Stellung der sogenannten Ehrenstrafen im modernen Strafmittelsystem hat der im Jahre 1885 zu Rom abgehaltene Gefängnistongress sich beschäftigt und die darauf bezügliche Frage mit folgender Resolution beantwortet:

„La peine de l'interdiction est compatible avec un système pénitentiaire réformatif, à condition qu'elle ne soit appliquée que quand le fait spécial qui entraîne la condamnation justifie la crainte d'un abus du droit, au préjudice soit d'intérêts publics, soit d'intérêts privés légitimes, et ne soit infligée que pour un temps déterminé, hors le cas où la peine principale est perpétuelle.“

Die gleiche Frage in erweiterter Fassung wird in einem in der Z VIII 439 veröffentlichten Aufsatz von Dr. Köhne behandelt, welcher, vom Zweckgedanken im Strafrecht ausgehend, zu folgenden Forderungen gelangt:

1. Die Beibehaltung der im Deutschen Recht bestehenden Ehrenstrafen ist geboten.
2. Die Zahl derselben ist zu erweitern dahin, daß auch die väterliche Gewalt sowie das Recht der Ausübung gewisser Berufe aberkannt werden darf.
3. Dem Richter ist zu gestatten, einzelne Ehrenrechte auch dann abzusprechen, wenn die Hauptstrafe 3 Monate nicht erreicht.

4. Die Abkennung von Ehrenrechten darf nur eine zeitliche sein; der Lauf der Frist soll aber durch jede neue kriminelle Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens unterbrochen werden.

5. Rechtsminderungen dürfen in gewissen Fällen nicht nur als Nebenstrafen, sondern auch als Hauptstrafen verhängt werden.

Da ich mich mit fast allen diesen Forderungen wie mit ihrer Begründung in voller Übereinstimmung befinde, so genügt es für meinen Zweck, sie einfach in die Form strafrechtlicher Normen zu kleiden.

Wenn ich, abweichend von Dr. Köhne, an die Verurteilung zur Zuchthausstrafe die dauernde Unfähigkeit zu den in § 33 namhaft gemachten bürgerlichen und politischen Rechten geknüpft haben will, so hängt dieser Wunsch auf das innigste mit der von mir dieser Strafart gegebenen Bestimmung zusammen, wonach das Zuchthaus nur inkorrigible oder auf Lebenszeit verurteilte Individuen aufnehmen soll. Diese beiden Verbrecherkategorien haben sich als grundsätzliche und unverföhnliche oder außerordentlich gefährliche Feinde der bürgerlichen Gesellschaft gewissermaßen außerhalb der sozialen Ordnung gestellt, sie können deshalb so wenig wie Fremde und Ausländer politische und bürgerliche Ehrenrechte in Anspruch nehmen, sondern werden ihnen diese mit Fug und Recht durch das Gesetz vorenthalten. Der gleiche Grund läßt sich im allgemeinen nicht gegen die nach jetzigem Rechte zu Zuchthaus Verurteilten geltend machen, deren Strafe auf der Schwere des Rechtsbruchs und nicht auf gänzlicher Unbrauchbarkeit in sozialer Hinsicht beruht. Ihnen ohne weiteres die Ehrenrechte auf Lebenszeit abzuerkennen, ist ein Fehler und eine ungerechtfertigte Härte.

Polizei-Aufsicht.

Die diesen Gegenstand behandelnden

§§ 38 und 39

sollen auch in Zukunft beibehalten und nur die Worte „Freiheitsstrafe kann“ in § 38 Abs. 1 in „Zuchthausstrafe soll“ verwandelt werden.

Begründung.

Die Polizei-Aufsicht gewährt einerseits nicht die wünschenswerte Sicherheit gegen gefährliche unverbesserliche Verbrecher und erweist sich andererseits als ein wesentliches Hindernis für das ehrliche Fort-

kommen der besserungsfähigen und besserungswilligen Sträflinge nach deren Entlassung aus dem Gefängnis.

Besagte Einrichtung für die Zwecke des Strafvollzugs brauchbar zu machen, sie insbesondere im Kampfe gegen das gewohnheits- und gewerbsmäßige Verbrechen mit Vorteil verwerten zu können, ist erforderlich, ersterwähnten Mangel möglichst zu heben und den an zweiter Stelle namhaft gemachten Nachteil nach Kräften zu verhüten.

Diese Absichten zu erreichen, sollte von der Polizei-Aufsicht in allen Fällen Gebrauch gemacht werden, wo sie im Interesse der öffentlichen Sicherheit nicht entbehrt werden kann; sie soll gegen gefährliche und zugleich unverbesserliche Subjekte in Anwendung kommen, welche nach § 18 dieses Entwurfs wegen ihrer Unverbesserlichkeit in das Zuchthaus gewiesen werden und dort im Hinblick auf ihre große Gefährlichkeit hohe Strafen verbüßen sollen. An welche Verbrechen mit Rücksicht auf ihre Gefährlichkeit die Polizei-Aufsicht als Folge geknüpft werden soll, hat nach wie vor das Gesetz zu bestimmen. Hat aber die Verübung eines derartigen Verbrechens die Verurteilung zur Zuchthausstrafe (in unserm Sinne) herbeigeführt, so soll und muß der Richter jene Straffolge auch aussprechen.

Dagegen soll und darf sie aus obigem Grunde nicht verhängt werden gegen solche Angeklagte, welche, weil sie noch nicht zu den Unverbesserlichen zählen, zu Gefängnisstrafen verurteilt werden, weil andernfalls durch sie der Straferfolg notwendig in Frage gestellt würde.

Als eine Maßregel von hervorragender Bedeutung für die öffentliche Sicherheit wird sich die Polizei-Aufsicht auch nach Annahme meines Vorschlages nicht erweisen, und zwar um so weniger, als eine wesentlich bessere und wirksamere Gestaltung derselben sich kaum wird ermöglichen lassen.

Gleichwohl wird sie, wie v. Holkenborff (Handb. des Gef.-Wes. Bd. I S. 425) sich ausspricht, nicht in Wegfall kommen dürfen, so lange nicht für die gesellschaftliche Rechtsordnung wirksamere Garantien als seither geschaffen sein werden.

Solche Bürgschaften erblicke ich in der Aufstellung richtiger Grundsätze über Rückfallsbestrafung und über richtige Behandlung der sogenannten inkorrigiblen Verbrecher. Sollte die künftige Revision unsers Strafgesetzbuchs diesem Verlangen gerecht werden, so

würde mir die Aufhebung des Instituts der Polizei-Aufsicht nicht nur unbedenklich, sondern geradezu als eine unabwiesbare Forderung kriminalpolitischer Klugheit erscheinen.

Einziehung.

§§ 40—42 des St.G.Bs.

bedürfen m. E. keiner Abänderung.

Zweiter Abschnitt.

Versuch.

§§ 43—46 des St.G.Bs.

Die Strafbarkeit des Versuchs liegt in der Bethätigung verbrecherischen Willens. Dieser zeigt sich beim Versuch ebenso, wie bei dem zur Vollenbung gekommenen Verbrechen. Die subjektive Strafbarkeit dürfte deshalb für den Versuch wie für die Vollenbung gleich hoch anzuschlagen sein.

Anders liegt die Sache in objektiver Hinsicht. Der Versuch greift nicht mit gleicher Stärke in eine fremde Rechtsphäre ein, wie die zur Ausführung gebrachte That. Er verhält sich zur Vollenbung ungefähr wie die Drohung zur wirklichen Gewaltthat. Deshalb bestimmt das Gesetz, daß die Strafe für den Versuch im Vergleich zu der auf das vollendete Verbrechen oder Vergehen angedrohten Strafe ermäßigt werde. Dieser Sinn ist auch dem § 44 Abs. 1 des St.G.Bs. trotz seiner nicht ganz korrekten Wortfassung mit Rücksicht auf den Wortlaut von Abs. 2, 3, 4 beizulegen (s. Olshausen, Komm. z. St.G.B. 4. Aufl. Bd. I S. 161).

Der Versuch wird in unserm Reichsstrafgesetzbuch als allgemeiner Strafmilderungsgrund behandelt, gegen welche Auffassung von den Verteidigern der Zweckstrafe keinerlei Einwendung erhoben werden will. Dennoch läßt sich die Frage aufwerfen, ob nicht durch präzisere Fassung des § 44 Abs. 4 des St.G.Bs. der weite Spielraum, der durch ihn dem richterlichen Ermessen gelassen ist, in mehr bestimmte Grenzen im Interesse gleichheitlicher Rechtsprechung gewiesen werden solle, und zwar in der Weise, daß die für die Vollenbung eines Verbrechens gesetzlich normierten Strafrahmen nach oben wie nach unten etwa auf ein Viertel reduziert und der Richter angewiesen würde, innerhalb der auf solchem Wege gewonnenen Grenzen nach den allgemeinen Grundsätzen über Strafzumessung

die Strafe für das versuchte Verbrechen zu finden. In solcher Weise wäre dem richterlichen Ermessen immer noch ein ziemlich weiter Spielraum gelassen, innerhalb dessen den verschiedenen Stadien und Graden des Versuchs, seiner größern oder kleinern Annäherung an die Vollendung in sachgemäßer Weise Rechnung getragen werden könnte.

Beispiele solcher Behandlungsweise bieten das Italienische St.G.B. von 1889 (Art. 61), das Niederländ. St.G.B. von 1881 (Art. 45), das Mexik. St.G.B. von 1871 (Art. 202) u. s. f.

Gestützt auf die angeführten Gründe, mache ich den Vorschlag, dem § 44 des R.St.G.Bs. in Abs. 4 folgende Fassung zu geben:

„In den übrigen Fällen werden für das versuchte Verbrechen die für das vollendete Verbrechen im Gesetze gezogenen Grenzen auf ein Viertel herabgesetzt.“

Dritter Abschnitt.

Teilnahme.

§§ 47—50 des R.St.G.Bs.

Die Art und Weise der Beteiligung an der Verübung einer strafbaren Handlung beeinflusst den Grad der subjektiven Strafbarkeit.

Die That selbst ist die gleiche, ob sie von einem oder mehreren begangen wurde, ob die mehreren sich in gleicher oder in verschiedener Weise an ihr beteiligten; es gilt deshalb auch für die strafbare Thätigkeit jedes Teilnehmers der für das gemeinsam begangene Verbrechen normierte Strafrahmen, innerhalb dessen die Strafe jedes Teilnehmers nach Maßgabe seiner subjektiven Strafbarkeit auszumessen ist.

Konsequenter Weise ist für jeden Teilnehmer dieselbige Strafe zu ermitteln, die ihn als Thäter oder physischen Urheber treffen würde, und diese für den weniger strafbaren Gehilfen nach dem Maße, in welchem er zum Gelingen des Verbrechens beigetragen hat, herabzusetzen. Die Hülfeleistung wird von unserm R.St.G.B. gegenüber der Thäterschaft als Strafmilderungsgrund behandelt, wie der Versuch der Vollendung gegenüber. Im Interesse der Gleichheit der Rechtsprechung empfiehlt sich, auch die Wirkung des ersteren Strafmilderungsgrundes auf die Strafzumessung gesetzlich festzulegen, wie dieses bezüglich des Versuches geschehen ist.

Dieser Ausführung zufolge wäre der Text von § 49 Abs. 2 des R.St.G.Bs. in nachstehender Weise abzuändern:

„Die Strafe des Gehilfen besteht in dem vierten Teile derjenigen Strafe, die ihn getroffen hätte, wenn er am Verbrechen sich als Thäter beteiligt hätte.“

„Hätte er als solcher Todesstrafe oder lebenslängliches Zuchthaus verdient, so tritt Gefängnis oder gemäß § 18 (des Entwurfs) Zuchthaus nicht unter 5 Jahren ein.“

Vgl. Art. 49 des Niederländ. St.G.Bs. von 1881; Art. 64 des Italien. St.G.Bs. von 1889; 5. Kap. § 3 und 3. Kap. § 2 des Finnland. Strafges. von 1889.

In systematischer Hinsicht hielte ich es für zweckmäßig, die Bestimmungen über Versuch und Teilnahme im gleichen Abschnitt zu behandeln, wie die übrigen Strafmilderungsgründe.

Vierter Abschnitt.

Gründe, welche die Strafe ausschließen oder mildern.

§§ 51–72 des R.St.G.Bs.

Die in diesen Paragraphen behandelten Strafausschließungs- und Milderungsgründe werden als solche auch von den Verteidigern des Zweckgedankens anerkannt; nur werden sie von diesen unter einem andern Gesichtspunkte, als von den Anhängern der Vergeltungstheorie, betrachtet.

Nach § 51 des R.St.G.Bs. ist eine strafbare Handlung nicht vorhanden, wenn der Thäter zur Zeit der Begehung der Handlung sich in einem Zustand von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand, durch welche seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.

Auch die Verfechter des Zweckgedankens wollen solche Personen nicht zur Strafe gezogen wissen, aber nicht etwa deshalb, weil ihnen die freie Willensbestimmung zur Zeit der That fehlte, und damit die Schuld als Voraussetzung der Strafe ausgeschlossen war, sondern einzig und allein aus dem Grunde, weil die Strafe nicht das richtige Mittel ist, sie von der Fortsetzung oder Wiederholung ihrer gesellschaftsfeindlichen Thätigkeit abzuhalten.

„Wegen Mangels an Vernunft“ — ich verstehe unter diesem Ausdruck die Fähigkeit, Grund und Gegengrund gegen einander abzuwägen — „kann gegen sie im Wege der Motivation oder des

psychologischen Zwanges mit Aussicht auf Erfolg nicht vorgegangen werden, und wenn gegen sie auch mechanischer Zwang mittels Internierung geübt werden kann, so verfolgt derselbe doch nicht zunächst Verhütung künftiger Verbrechen, ihr nächster Zweck ist vielmehr Heilung und Pflege, — ein Verfahren, welches sich von der Strafbehandlung geistesgesunder Verbrecher sehr wesentlich unterscheidet.“ (Z XIX 378.)

Nach v. Liszt (Lehrb. des D. Strafr. 6. Aufl. S. 135) hat die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit mit der Willensfreiheit nichts zu thun. Zurechnungsfähig ist jeder geistig reife und geistig gesunde Mensch. Zurechnungsfähigkeit bedeutet nach dem gleichen Autor die Empfänglichkeit für die durch die Strafe bezweckte Motivsetzung (Z XVII 76).

Die Frage, wer nach solcher Auffassung passiv strafunfähig sei, scheint mir eine glückliche Lösung in der Fassung des Art. 8 des Vorentwurfs eines Schweizerischen Strafgesetzbuchs gefunden zu haben. Derselbe lautet: „Wer zur Zeit der That geisteskrank oder blödsinnig oder bewusstlos war, ist nicht strafbar.“

Diese Bestimmung, deren Aufnahme ich dem deutschen Gesetzgeber als Ersatz für § 51 unsres Reichsstrafgesetzbuchs empfehlen möchte, ist die Frucht von Verhandlungen, welche die schweizerischen Irrenärzte auf ihrer Jahresversammlung zu Chur 1893 gepflogen haben, und deren Beschluß in obigem Sinne die zum Vorentwurfe des Schweizerischen Strafgesetzbuchs zusammengesetzte Kommission angenommen hat.

Die Straflosigkeit einer objektiv rechtswidrigen Handlung, welche infolge erfahrener Nötigung im Sinne des § 52 des R.St.G.B. verübt wurde, folgt aus dem Mangel an rechtswidrigem oder gefährlichem Willen, auf den im Wege der Motivation einzuwirken notwendig wäre.

Die strauschließende Wirkung der Notwehr und des Notstandes (§§ 53—54) ist auf den allgemein giltigen Satz zurückzuführen: „Wer sich seines Rechtes in gesetzlicher Weise bedient, thut niemand Unrecht und wird deshalb auch nicht strafbar, selbst wenn aus seiner Handlung Schaden entsteht.“ Diesen Satz und seine Konsequenzen muß auch die praktische Schule als richtig zu geben und gelten lassen.

Ähnlich, wie mit der Straflosigkeit von Geisteskranken, verhält es sich mit der in den §§ 55 u. 56 des R.St.G.B. ausgesprochenen

Zurechnungsunfähigkeit des jugendlichen Alters, welche im Gesetze auf den Mangel der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht zurückgeführt wird.

Die Verteidiger der Zweckstrafe billigen ebenfalls die der Jugend im Strafrecht eingeräumte Ausnahmestellung, aber nur aus dem Grunde, weil nach ihrer Ansicht der Zweck der Strafe an jugendlichen Personen nicht erreicht werden kann, oder m. a. W., weil die Strafe nicht das richtige Mittel ist, ein Kind für die Folge an der Wiederholung eines Verbrechens zu hindern oder bürgerlich zu bessern. Um auf das Kind motivierend einwirken zu können, fehlt es diesem an der nötigen Reife, am Verstande. Diese Mängel müssen durch Erziehung, Bildung und Unterricht gehoben werden; Leizufügung und Rechtsgüterberaubung oder Rechtsgüterverletzung würden nicht zum Ziele führen. (Z XIX, 378.)

Die im § 57 d. R.St.G.B. vorgesehene Minderung der Strafe gegen Personen über 12 und unter 18 Jahren läßt sich, vom Zweckgedanken ausgehend, genügend damit motivieren, daß Personen, welche noch in solchem Alter stehen, weicher und empfindlicher sind für Eindrücke, wie sie die Strafe hervorbringt, weshalb es gegen sie nicht eines gleich hohen Maßes strafender Einwirkung, wie gegen Erwachsene, bedarf.

Der Vollständigkeit halber soll hier nur noch angefügt werden, daß die im Gesetze gezogenen Altersgrenzen einer Änderung bedürfen. Ich pflichte denjenigen bei, welche die Grenze des Kindesalters zu 12 Jahren für zu niedrig und die von 18 Jahren für die Strafminderjährigkeit für zu hoch halten.

Taubstumme Personen, von denen im § 58 des R.St.G.B. die Rede ist, haben zum großen Teile hochgradige Ähnlichkeit mit Blödsinnigen; aber während diesen die geistige Entwicklungsfähigkeit fehlt, ist sie den Taubstummen nicht schlechthin abzusprechen. (Berner, Lehrb. d. D. Str.R. 14. Aufl. S. 81.) Nach meiner Ansicht sollte über die Strafbarkeit oder Straffähigkeit des Taubstummen lediglich die Rücksicht entscheiden, ob dieser für das Strafleiden zugänglich ist oder nicht, ob im Hinblick auf seine geistige Entwicklung angenommen werden kann, daß durch die Strafe auf ihn motivierend eingewirkt zu werden vermag. Dieser Gedanke sollte im künftigen R.St.G.B. zum Ausdruck gebracht werden.

§§ 59—65 des R.St.G.B. bedürfen m. E. keiner Abänderung.

§§ 66—72 d. R.St.G.B. handeln von der Verjährung, einer Rechtsinstitution, in welcher der Zweckgedanke vollkommen zum Ausdruck kommt, weshalb dessen Anhänger im Principe gewiß keine Einwendung dagegen zu erheben haben. Aber auch die einzelnen Bestimmungen unsres R.St.G.B. über Verj. bedürfen nach meiner Anschauung einer Veränderung nur insofern, als eine solche mit Notwendigkeit aus der im Entwurfe vorgeschlagenen Umwandlung des Systems der Freiheitsstrafen gefolgert werden muß.

Fünfter Abschnitt.

Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen.

§§ 73—79 d. R.St.G.B.

Das Zusammentreffen mehrerer selbständiger strafbarer Handlungen in einer Person läßt diese in ähnlicher Weise, wie der Verbrechensrückfall, als besonders gefährlich erscheinen und fordert deshalb ernste und strenge Bestrafung, wie solche in den §§ 74—79 unsres R.St.G.B. vorgesehen ist. Es soll, wenn auf erwähnte Weise mehrere zeitige Freiheitsstrafen verwirkt worden sind, auf eine Gesamtstrafe erkannt werden, welche in einer Erhöhung der verwirkten schwersten Strafe besteht. Bei dem Zusammentreffen ungleichartiger Freiheitsstrafen tritt diese Erhöhung bei der ihrer Art nach schwersten Strafe ein.

Diese Bestimmungen bieten eine geschickte Handhabe zu entsprechender Bestrafung solcher Personen, welche bereits bei erstmaliger Aburteilung mit Rücksicht auf die Anzahl der ihnen zur Last gelegten Verbrechen als habituelle oder professionelle Übeltäter oder als solche, welche dem eigentlichen Verbrechertum zuzufallen drohen, anzusehen sind.

Um so mehr ist es zu wünschen, daß in solchen Fällen erziehbige und wirkfame Strafen ausgesprochen werden. Dieses wird auch unter Festhaltung des von unsrer Gesetzgebung angenommenen Prinzips der Absorption ermöglicht, indem zunächst die sämtlichen verwirkten Einzelstrafen ausgeworfen, die schwerste von ihnen als Einsaßstrafe beibehalten und zu ihr die Einzelstrafen, wenn auch verhältnismäßig gekürzt, hinzugerechnet werden. (v. Liszt, Lehrb. d. D. Straf. R. 6. Aufl. S. 254.) Die Absicht, gegen das Gewohnheitsverbrechertum anzukämpfen, wird um so sicherer erreicht werden, wenn die Einsaßstrafe möglichst hochgegriffen wird.

Die Bestimmungen unfres R.St.G.B. über das Zusammen-
treffen strafbarer Handlungen und von Strafen scheinen mir recht
wohl geeignet, der Verwirklichung des Zweckgedankens zu dienen,
und dürfte sich deren Aufnahme im Ganzen und Großen in ein
neues St.G.B. und zur Berücksichtigung bei Revision des alten
empfehlen. Eine Abänderung der einzelnen Normen und deren
Anpassung an das von mir vorgeschlagene Strafsystem würde
keinen besondern Schwierigkeiten begegnen.

Rückfall.

Von mindestens gleich großer Bedeutung wie die Bestimmungen
über Verbrechenskollision in Bezug auf die Bekämpfung des Ver-
brechertums sind die gesetzlichen Vorschriften über Bestrafung des
Verbrechens-Rückfalls.

Solche sind in unserm R.St.G.B. nur für einige wenige Ver-
brechen gegeben, während die Mehrzahl der deutschen Strafgeset-
zbücher des 19. Jahrhunderts den Rückfall als allgemeinen Straf-
schärfungsgrund aufstellte.

In welcher Weise ich die Frage der Rückfall-Bestrafung geregelt
sehen möchte, darüber habe ich meine Ansicht in Z X S. 401 ff.
und XIII 906 ff. ausgesprochen. Meine bezüglichlichen Forderungen
lassen sich in die folgenden Sätze zusammenfassen:

1. Dem Rückfall ist durch Gesetz die Geltung eines allge-
meinen Strafmerkmals, beziehungsweise Strafschärfungsgrundes
beizulegen.

2. Bei vorliegendem 2. Rückfall darf der Richter in der
Strafzumessung nicht unter die Hälfte des Höchstbetrages der für
das neu begangene Verbrechen angedrohten Strafe herabgehen.

3. Der dritte und jeder weitere Rückfall soll mit dem Maxi-
mum der durch das neue Verbrechen verwirkten Strafe getroffen
werden.

4. Der Strafvollzug hat, wenn das Gericht die Überzeugung
gewonnen hat, daß die ordentliche Freiheitsstrafe (Gefängnis) auch
in ihrer längsten Dauer den Angeeschuldigten von weiteren Ver-
brechen nicht abhalten werde, im Zuchthause zu erfolgen.

5. Jugendliche Personen unter 18 Jahren dürfen nicht mit
Zuchthaus bestraft werden.

6. Die Rückfall-Verjährungsfrist beträgt fünf, bei Bettel und
Landstreicherei nur ein Jahr.

Ich lasse nachstehend aus dem oben angezogenen Aufsatze in Ab. X eine kurze Begründung der vorausgestellten Sätze folgen:

Zu 1. Unter Rückfall verstehe ich die Begehung eines gleichen oder eines gleichartigen Verbrechens nach vorausgegangener rechtskräftiger Verurteilung. Die Forderung einer gesetzlichen Beschränkung des richterlichen Ermessens bei Bestrafung des Rückfalls durch Erhebung desselben zum allgemeinen Straferhöhungsgrunde ist veranlaßt durch die vielbeklagte Neigung unsrer Gerichte, die Strafe dem Mindestmaß nahe zu halten. (Z XI 497.)

Zu 2 und 4. Die unter diesen Ziffern gemachten Vorschläge fußen auf dem Grundsätze, daß für das Strafmaß neben der Rechtswidrigkeit der That die Gefährlichkeit des Verbrechens, für die Strafart dessen soziales Gesamtverhalten, seine Besserungsfähigkeit oder Unverbesserlichkeit, und die dadurch bedingte Verschiedenheit der zu verfolgenden Strafzwecke (Besserung, Abschreckung, Sicherung) als maßgebend und bestimmend zu erachten sei. Da übrigens die Verschiedenheit der Strafarten zugleich eine Abstufung der Schwere der Strafe bedeutet, so entspricht nach unserm Vorschlage auch die schwerste Freiheitsstrafe, nämlich das Zuchthaus, dem höchsten Grade subjektiver Gefährlichkeit, welche in der Inkorrigibilität zu erblicken ist. Demnach dürfen wir die Gefährlichkeit des Thäters als den Maßstab nicht bloß für die Höhe, sondern auch für die Art der Freiheitsstrafe bezeichnen.

Zu Gunsten der in Vorstehendem gemachten Vorschläge lassen sich Art. 80 Abs. 1 des Ital. St.G.B. von 1889, Art. 23 u. 40 des Vorentw. eines Schweiz. St.G.B. von Stooß, Art. 18 des Bayer. St.G.B. von 1861, § 690 des St.G.B. für New-York anführen.

Zu 5. Die Anwendung der Zuchthausstrafe gegen Personen, welche das 18. Lebensjahr zur Zeit der Verübung der That noch nicht vollendet hatten, ist auch in unserm R.St.G.B. ausgeschlossen. Abgesehen von andern Gründen, die für diese Bestimmung mit Recht geltend gemacht werden können, rechtfertigt sich dieselbe durch die einfache Erwägung, daß erfahrungsgemäß vor jenem Zeitpunkte die Charakterbildung in den meisten Fällen noch nicht in dem Maße abgeschlossen ist, daß wir auch nur mit einiger Sicherheit Unverbesserlichkeit anzunehmen berechtigt wären.

Zu 6. Es erscheint unrichtig, von einem Rückfalle dann zu sprechen, wenn seit der früheren bis zur neuerlichen Verfehlung

ein Zeitraum verfloßen ist, innerhalb dessen erfahrungsgemäß sich gründliche Besserung oder Rezidive einzustellen pflegt. Die nach so langer Zeit auftretende neuerliche Erkrankung (in kriminellern Sinne) wird in der Mehrzahl der Fälle nicht mehr auf die frühere Ursache zurückzuführen, sondern richtiger als neue, selbständige Erkrankung anzusehen und zu behandeln sein (vgl. v. Lilienthal in Z XV 118 z. Schweiz. St.G.B.-Entw. von Stooß).

Meiner Absicht entspräche es, wenn die gesetzlichen Bestimmungen über Rückfallsbestrafung in Zukunft folgende Fassung erhalten würden:

Wer wegen eines Verbrechens bereits einmal bestraft worden ist, wird, wenn er abermals ein gleiches oder ein gleichartiges Verbrechen begeht, mit einer Strafe belegt, welche, wenn keine mildernden Umstände vorliegen, die durch das neue Verbrechen an sich vermittelte Strafe um ein Viertel übersteigt.

Wer bereits einmal wegen eines Verbrechens im Rückfalle bestraft worden ist, wird, wenn er abermals ein gleiches oder gleichartiges Verbrechen verübt, mit einer Strafe belegt, welche, wenn keine mildernden Umstände vorliegen, nicht unter die Hälfte des Höchstbetrages der für die neue That angedrohten Strafe herabgehen darf.

Der dritte und jeder weitere Rückfall muß, wenn keine mildernden Umstände vorliegen, mit der höchsten für das letztverübte Verbrechen angedrohten Strafe belegt werden.

Die in Vorstehendem enthaltenen Bestimmungen finden Anwendung, auch wenn die früheren Strafen nur teilweise verbüßt sind, bleiben jedoch ausgeschlossen, wenn seit der Verbüßung der letzten Strafe bis zur Verbüßung des neuen Verbrechens fünf Jahre verfloßen sind.

Bei Bettel und Landstreicherei beträgt die Rückfalls-Verjährungsfrist ein Jahr.

Als gleichartig gelten die in einem und demselben Abschnitt des II. Theiles des St.G.B. behandelten Verbrechen.

Strafzumessung.

Die Notwendigkeit einheitlicher Rechtsprechung erfordert die Aufstellung eines einheitlichen Strafmaßstabes.

Unser N.St.G.B., dessen Aufbau nicht auf dem Boden einer der bisher gelehrten Straftheorien erfolgt ist, entbehrt eines sol-

chen. Gesetzgebung und Rechtsprechung stehen mehr oder weniger unter dem Banne der Gerechtigkeits- oder Vergeltungstheorie; der Zweckgedanke findet nur in vereinzelten Bestimmungen unseres St.G.B. schüchternen Ausdruck, und unter den Richtern nur vereinzelte Anhänger.

Der eingangs erwähnte Maßstab für die Strafbarkeit kann nur die Schuld oder die Größe der Gefahr, womit die Rechtsordnung durch das Verbrechen bedroht wird, sein. Beide können, unbeschadet der Einheit in der Rechtsprechung, nicht nebeneinander zur Anwendung kommen; der eine schließt vielmehr den andern aus.

Aufgabe der künftigen Revision unsrer Strafgesetzgebung ist die endgültige Beilegung des Widerstreites zwischen Vergeltungstheorie und Zweckgedanken, der Sieg des letztern der Wunsch und die Hoffnung der praktischen im Gegensatz zu der klassischen Schule.

Wie in andern Gesetzbüchern die Schuld (vgl. Art. 38 des Vorentw. zu einem Schweiz. St.G.B.), so sollte, wenn der Zweckgedanke die Oberhand in unsrer künftigen Strafgesetzgebung gewinnen sollte, die Größe der Gefahr als Maßstab der Strafbarkeit gesetzlich anerkannt werden. Von diesem allgemeinen gesetzlichen Strafausmessungsgrunde ausgehend, sollte der Gesetzgeber für den Richter, wenn auch nur in exemplifizierender Weise, die Gründe aufstellen, nach denen derselbe, sei es rücksichtlich der Beschaffenheit der That oder des Thäters, die Strafe im einzelnen Falle zu mindern oder zu mehren hätte, ohne das Maß ihrer Einwirkung in gleich bestimmter Weise wie bei Versuch und Teilnahme zu normieren.

Auch Bach (Die Reform der Freiheitsstrafe S. 2 u. 41 ff.) wirft die Frage auf: „Ist die befolgte Methode der unbestimmten Strafandrohungen mit ihrem unklaren Anhängsel der mildernden Umstände festzuhalten? oder dürfte es nicht richtiger sein, einen engeren Normalstrafrahmen mit durch schärfende und mildernde, etwa in Exemplifikationen dem Richter veranschaulichte Momente erweiterten Strafandrohungen zu verbinden?“

Für die Bejahung dieser Frage sprechen die anderwärts von ihm angeführten Sätze: „Es ist wahr, die richterliche Strafzumessung ist zum guten Teil Willkür, Laune, Zufall. Das ist öffentliches Geheimnis, jedem schmerzliche Erfahrungstatsache, die in der Straf-

rechtspraxis thätig geworden ist.“ „Dazu tritt der Übelstand der Unwahrheit und Unklarheit unsers Strafsystems. Zwischen Strafurteil und Strafvollzug ist keine Brücke.“ „Es sind Normalstrafrahmen zu suchen, welche nach oben und nach unten sich erweitern unter gleichzeitiger exemplifizierender, dem Richter die nötigen Fingerzeige bietenden Angabe von mildernden und schärfenden Gründen.“

Vorbildlich dürften uns in dieser Richtung auch heute noch die Bestimmungen des Bayer. St.G.B. von 1813 in den Art. 90—94 sein, und dürften sich um so mehr zu künftiger Berücksichtigung empfehlen, als sie in hohem Maße den Zweckgedanken im Strafrechte zum Ausdruck und zur Geltung bringen.

Eine sehr zweckmäßige, die Strafabmessung beim Vorliegen von mildernden und schärfenden Umständen bestimmte Vorschrift enthält auch § 29 des Italien. St.G.B. von 1889.

Nachtrag.

Sichernde Maßnahmen.

Ein Strafgesetzbuch, das den Zweck wirklicher Verbrechens-Bekämpfung erfüllen soll, hat alle hierzu dienenden Maßnahmen, auch solche, welche nicht unter den Begriff der Strafe fallen, als zulässige Kampfmittel vorzusehen und mit Gesetzeskraft auszustatten.

„Die Strafe ist“, wie v. Liszt (Z XX 166) sagt, „eines der Mittel zur Bekämpfung des Verbrechens; aber sie ist nicht das einzige, sie ist insbesondere auch nicht das wirksamste Mittel“.

Neuere Gesetzgebungen suchen dieser Anforderung an die Kriminalgesetzgebung durch die Aufnahme von sogenannten sichernden Maßnahmen neben den eigentlichen Strafmitteln gerecht zu werden. Jene unterscheiden sich von diesen, daß ihre Absicht, wenigstens nicht zunächst, auf Leidenszufügung oder Rechtsgüterverletzung gerichtet ist, daß sie auch nicht in erster Linie gegen das Verbrechen selbst, sondern vielmehr gegen dessen Ursachen sich wenden oder auch Umstände, welche den Verbrechensrückfall begünstigen, zu beseitigen trachten. Beiden gemeinsam ist das Verbrechen als Veranlassung.

Von den Präventivmaßregeln unterscheiden sich die sichernden Maßnahmen, daß diese die Wiederholung eines begangenen Verbrechens, jene die erstmalige Verübung eines solchen zu verhindern bestimmt sind.

Auch unser R.St.G.B. kennt sichernde Maßnahmen. Als solche werden von Berner (Schr. d. D. Strafr. 14. Aufl. S. 218, 225) bezeichnet:

Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte (§§ 31—37),
 Einziehung von Gegenständen (§ 40),
 Unbrauchbarmachung von Schriften (§ 41).

Von den im Vorentwurf zu einem Schweiz. St.G.B. vorgesehenen sichernden Maßnahmen dürften die folgenden der Aufmerksamkeit der deutschen Gesetzgebung bei einer künftigen Revision unsres St.G.B. zu empfehlen sein:

die Verwahrung gefährlicher Geisteskranker,
 die Verweisung von Gewohnheitstrinkern in eine Heilanstalt für Trinker,
 das Wirtshausverbot,
 die Friedensbürgschaft,
 die Verweisung in eine Arbeitsanstalt.

1. Verwahrung gefährlicher Geisteskranker.

Wenngleich nach § 51 des R.St.G.B. eine strafbare Handlung nicht vorhanden ist, wenn der Thäter zur Zeit der That geisteskrank war, so liegt nichtsdestoweniger in einem solchen Falle eine Störung der Rechtsordnung vor, wie auch das Vorhandensein eines rechtswidrigen Willens und einer dadurch begründeten Gefährlichkeit auf Seiten des Thäters nicht übersehen werden darf.

Da die Wiederholung von unter Strafandrohung gestellten Handlungen im öffentlichen Interesse fern gehalten werden muß, so darf es nicht bei Einstellung des Strafverfahrens gegen Irrsinnige oder bei deren Freisprechung sein Bewenden haben, es muß vielmehr von Staats- und Rechtswegen gegen sie zum Schutze der gesellschaftlichen Ordnung das Notwendige vorgekehrt werden. Das Richtige in dieser Hinsicht scheint mir der schon häufig angezogene Vorentwurf zu einem Schweiz. St.G.B. zu treffen, welcher in seinem Art. 13 Folgendes bestimmt:

„Erfordert die öffentliche Sicherheit die Verwahrung eines Unzurechnungsfähigen usw. in einer Heil- oder Pflegeanstalt, so ordnet sie das Gericht an. Ebenso verfügt das Gericht die Entlassung, wenn der Grund der Verwahrung weggefallen ist.“

„Erfordert das Wohl eines Unzurechnungsfähigen seine Behandlung oder Versorgung in einer Heil- oder Pflegeanstalt, so

überweist das Gericht den Kranken der Verwaltungsbehörde zur Aufnahme in eine solche Anstalt."

Durch Aufnahme dieser oder einer ähnlichen Bestimmung in unser künftiges St.G.B. würde eine Lücke desselben ausgefüllt werden, wie sie ähnlich bezüglich der Behandlung des Kindesalters bis zur Einführung der Novelle von 1876 bestand und durch sie geschlossen wurde.

2. Die Verweisung von Gewohnheitstrinkern in eine Heilanstalt für Trinker,

wie sie in Art. 28 des Vorentwurfs zu einem Schweiz. St.G.B. vorgesehen ist, wird in Deutschland wegen Mangels an staatlichen Einrichtungen solcher Art, wenigstens zur Zeit, kaum in Aussicht genommen werden können.

3. Wirtshaus-Verbot.

Was zu dessen Empfehlung in den Motiven zu dem Vorentwurf eines Schweiz. St.G.B. (Basel 1893) S. 57 ausgeführt ist, lasse ich gern gelten. Doch scheint mir solche Maßregelung ihrem Wesen nach unter den Begriff der eigentlichen Strafe zu fallen, und vermute ich, daß diese an größeren Orten, namentlich in Großstädten, nicht werde durchgeführt werden können.

4. Friedensbürgschaft.

Über dieses Institut, welches in dem vom Reichskanzleramte im Jahre 1874 ausgearbeiteten Entwurf zu einem Ergänzungsgesetz zum St.G.B. aufgenommen worden war, vom Bundesrate aber wieder daraus beseitigt wurde, will und kann ich mich wegen Mangels an eigenen Erfahrungen über die unserm St.G.B. völlig fremde Einrichtung nicht weiter verbreiten.

5. Verweisung in eine Arbeitsanstalt.

Die Arbeitsanstalt des Schweiz. St.G.B.-Entwurfs stimmt in ihrem Wesen mit der im R.St.G.B. § 362 Abs. 2 vorgesehenen polizeilichen Einschaffung von arbeitscheuen, läderlichen Personen in ein Arbeitshaus überein. Diese Maßnahme, die sogenannte Nachhaft, gilt als Nebenstrafe an der Freiheit; sie unterscheidet sich von der Gefängnisstrafe nur dadurch, daß die ihr Unterworfenen auch ohne ihre Zustimmung, wie die Zuchthausgefangenen, sofern sie von

andern freien Arbeitern getrennt gehalten werden, zu Arbeiten außerhalb der Anstalt angehalten werden können.

Die Einrichtung verdankt ihre Entstehung lediglich der unzulänglichen Vergeltungslehre. Weil nach dieser Bettel, Landstreicherei usw. nicht in gehörigem Maße getroffen werden können, so greift der Gesetzgeber zu einer Strafe, welche sich vom Standpunkte der Gerechtigkeit nicht begründen läßt, um so mehr aber sich vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit empfiehlt, gibt ihr aber, um das Vergeltungsprinzip zu wahren, einen andern Namen, legt ihren Vollzug in die Hände der Polizei und schafft so eine Einrichtung, die im Vergleich zur Zweckstrafe keine besondern Vorteile gewährt, wohl aber in ihrer Ausführung recht namhafte und zugleich überflüssige Opfer erheischt.

Dem allem läßt sich begegnen durch Annahme der von uns empfohlenen Zweckstrafe. Man strafe Bettel und Vagabondage nicht nach dem Maßstabe der Schuld, sondern nach dem ihrer Gemeingefährlichkeit; man spreche gegen bettelndes und streunendes Gefindel ernste, empfindliche Gefängnisstrafen in einer dem Bedürfnisse entsprechenden Dauer aus, und es hört jeder Grund auf, die Arbeitshäuser weiter bestehen zu lassen.

Unter Bezugnahme auf einen über diesen Gegenstand von mir verfaßten Aufsatz (Z XIII 1 ff.) schlage ich vor, § 361 Ziff. 3 u. 4 und § 362 Abs. 2 des R.St.G.B., soweit dieser letztere von der Unterbringung in einem Arbeitshause handelt, zu streichen und an geeigneter Stelle vor Teil II Abschn. XXIX, der von den Übertretungen handelt, die folgenden Paragraphen einzuschalten:

„Wer geschäfts- oder arbeitslos umherzieht und nicht nachzuweisen vermag, daß er die Mittel zu seinem Unterhalte besitzt oder redlich zu erwerben sucht, wird wegen Landstreicherei mit Gefängnis von einem Tage bis zu einem Jahre, und wer mit Waffen oder unter Drohungen als Landstreicher umherzieht, mit Gefängnis von sechs Wochen bis zu zwei Jahren bestraft.“

„Wer Personen, denen keine rechtliche oder moralische Pflicht zu seiner Unterstützung obliegt, um Almosen, d. i. um ein Geschenk zur Befriedigung von Lebensbedürfnissen bittet, wird wegen Bettels mit Gefängnis von einem Tage bis zu einem Jahre, und wer unter Drohungen oder mit Waffen bettelt, mit Gefängnis von sechs Wochen bis zu zwei Jahren bestraft.“

„Eine an wohlthätige Vereine und Stiftungen gerichtete Almosenbitte gilt für nicht strafbar.“

Das Anbieten, Ausschicken von Kindern, wie das Nichtabhalten von Hausgenossen u. s. f. vom Bettel dürfte nach wie vor als Übertretung anzusehen und die Unterbringung in ein Arbeitshaus auf Grund von § 362 Abs. 2 und § 361 Nr. 3—8 für die Folge abzuschaffen sein.

Der Vollständigkeit halber muß ich zum Schlusse der bedingten Verurteilung

mit einigen Worten gedenken.

Als Anhänger der positiven Schule bin ich für jede Einrichtung, für jede gesetzliche Bestimmung, welche sich als sicheres Mittel zur Bekämpfung des Verbrechens empfiehlt.

Können wir dieses Zeugnis der bedingten Verurteilung jetzt schon mit gutem Gewissen ausstellen? Der Beantwortung dieser Frage hat m. E. eine gründliche Untersuchung zweier Vorfragen vorauszuweichen. Dieselben lauten:

1. Werden durch den Strafausschub oder die bedingte Verurteilung in der That Strafen erspart? Mit andern Worten: Ist der Aufschub vorteilhafter als der Vollzug der Strafe?

2. Wenn ja, wird solcher Erfolg an einzelnen ohne Schaden und Gefahr für die Rechtsicherheit im allgemeinen erreicht?

Beide Fragen können nur durch die Statistik gelöst werden. Eine Bejahung der ersten läge in dem Nachweis, daß innerhalb eines längeren Zeitraumes die Ergebnisse des Strafausschubes in Hinsicht auf Rückfälligkeit günstiger waren, als diejenigen der an das Urteil sich anschließenden Strafvollstreckung. Selbstverständlich können nur gleiche Kategorien von Verurteilten, d. i. erstmals zu Strafen von einer bestimmten Zeitdauer Verurteilte, miteinander verglichen werden.

Wenn ein solcher Vergleich zu gunsten der bedingt Verurteilten ausfallen sollte, müßte vorsichtshalber noch weiter erhoben werden, ob der durch Einführung des Strafausschubes erreichte Vorteil nicht wieder paralytisiert worden sei durch vermehrten Zugang solcher Delinquenten, welche bestehender Bestimmung gemäß Aussicht auf jene Wohlthat hatten, mit andern Worten: ob nicht der in Frage stehende Vorteil auf Kosten der Rechtsicherheit erzielt worden sei, ob nicht der Zweck der Strafe, soweit er in der Generalprävention erblickt werden will, Not gelitten habe.

Solange über diese Punkte keine Gewißheit erbracht ist, scheint mir ein Versuch mit der neuen Einrichtung ziemlich gewagt.

Zum Glück sind wir Deutsche in der Lage, durch die Proben, die damit in andern Ländern (Frankreich, Belgien, Oesterreich usw.) angestellt werden, uns belehren zu lassen, und wäre es m. E. nicht klug gehandelt, diesen Vorteil nicht auszunutzen, sondern das Experiment im Wege der Gesetzgebung im eigenen Lande durchzuführen zu wollen.

Bis zur Vornahme einer gründlichen Revision unsers Strafgesetzbuchs dürfte, wie zu hoffen, durch die in verschiedenen Einzelstaaten des Deutschen Reichs angenommene gnadenweise Anwendung der in Rede stehenden Einrichtung so viel Klarheit gewonnen werden, daß wir die Frage mit viel größerer Sicherheit als heute in dem einen oder andern Sinne werden entscheiden können. Überdies lege ich der Sache nicht die große Bedeutung bei, daß ich nicht bedauern würde, wenn durch längeren Aufschub ihrer Entscheidung das notwendige Werk einer Reform unsrer Strafgesetzgebung eine namhafte Verzögerung erfahren würde. Es wäre dies um so mehr zu beklagen, als m. E. die Frage der bedingten Verurteilung auch später noch durch ein besondres Gesetz geregelt werden könnte.
